

Commerz

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1,50 M.
Der Courier ist in die Poststempelkarte eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt Moritzplatz, 950 und 11864.
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 23.

Berlin, den 9. Juni 1912.

16. Jahrg.

Der Deutsche Transportarbeiter-Verband hat im Jahre 1911 durch die von ihm geführten Lohnbewegungen für 92 235 Personen Lohnerhöhungen im Betrage von 177 925 M. pro Woche oder

➔ **9 252 000 M.** ➔

pro Jahr errungen. Diese Zahlen beweisen, daß die Mitgliederbeiträge zum Verbandsbucherzinsen tragen, daß der Deutsche Transportarbeiter-Verband die beste einträglichste Sparkasse für die Berufskollegenschaft ist.

Dem Verbandstage zum Gruß!

Ihr alle, die erschienen,
Zum wägenden Konzil,
Ihr wollt der Arbeit dienen
Und ihrem großen Ziel.
Wenn eure Worte kreisen
Und heiß wird Mund um Mund,
Wollt ihr nur eins: wie Eisen
Soll werden unser Bund.

Schlesiens Hauptstadt bewillkommt diesmal das gesetzgebende Parlament des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes. Das alte Breslau war mit die Wege der Lokalorganisation unseres Berufes. Und wenn man die ältsten Streiter unserer Berufsorganisation sichtet, dann sind die Breslauer Kollegen mit dabei. Die Breslauer Kollegenschaft hat stets Schritt gehalten, ist gewachsen mit dem Ganzen und deshalb ist es ihr eine frohe Genußnahme, heute der Gastgeber der Erwählten des Verbandes zu sein.

In der kurzen Spanne Zeit von 15 Jahren hat fleißige, unermüdbare Arbeit vermocht, aus einem kleinen Häuflein fest und treu zusammenstehender Berufskollegen die drittgrößte Gewerkschaftsorganisation Deutschlands aufzubauen. Eine Genugtuung sondergleichen für alle die Alten, die von Anfang an dabei gewesen, eine frohe Zuversicht für jene, die im Laufe der Jahre zu dem Banner des Verbandes gestoßen. Alle kühnen Hoffnungen derer, die einst die kleinen Lokalvereine zu einem Ganzen zusammengeschmiedet, alle ihre Erwartungen sind von den Tatsachen weit übertroffen. Das Breslauer Parlament überschaut eine Mitgliederzahl von rund

215 000

im Verbands. Diese Zahl ist der Ausdruck unserer aller Agitationsarbeit und zugleich unserer Macht. Eine solche Zahl ist nicht das Produkt einiger Hundert Agitatoren, sondern das Arbeitsergebnis Zehntausender treuer, braver Berufskollegen, die still und ruhig, unermüdbar auf Weg und Steg, im Betrieb und auf der Straße, bestrebt waren, ihren Verband zu kräftigen und zu stärken. Die gewonnenen Massen werden wieder neue Massen, und so kam die Niesenorganisation zustande, die heute der Stolz aller ihrer Angehörigen ist.

Seit den Tagen der Verschmelzung der drei Verbände: Hafenarbeiter, Seeleute und Transportarbeiter in Hamburg, ist es mit Niesenschritten vorwärts gegangen; die Vorausicht, daß der Zusammenschluß belebend und anfeuernd auf die noch außenstehenden Berufsgenossen wirken müsse,

sie hat sich voll erfüllt. Einheit macht nicht nur stark, sie macht auch groß, und Einheit in der Organisation macht die Schwachen mächtig, fast unüberwindlich. Deshalb:

Das Banner hoch, mit frischem Grün umlaubt!

Die Freude hoch und frei empor das Haupt!

Die Hand ins Licht zu einem frohen Schwur:

Dir Freiheit folgen wir auf deiner Spur!

Das Haus steht fest, wir bauen nicht auf Sand;

Drum allerwege: Treue dem Verband!

Das wird auch das Wollen der Delegierten des Verbandstages sein. Steht doch der weitere Ausbau der Organisation auf feiner Tagesordnung. Die Zahl der zu beratenden Anträge, ihr vielfach bedeutsamer Inhalt, zeugt von regem Verbandsleben, dem nichts ferner als die Erstarrung und Konfervierung ist. — Gewiß, auch viel Spreu ist unter den ausnahmslos gut gemeinten, aber in ihrer Konsequenz nicht immer so gut berechneten Vorschlägen. Mit vorurteilsfreier Auffassung haben die Delegierten den fruchtbarsten Weizen zu sondern, und sie werden, so hoffen wir mit Recht, ihrer schweren Aufgabe gerecht werden, mit Fleiß und Selbstbeherrschung, dem Ganzen, der Allgemeinheit dienend. So groß die Erfolge unserer Organisation in Punkte Agitation und in wirtschaftlichen Kämpfen sind, bedarf der Verband dennoch auch einer größeren materiellen Festigung, bedürfen seine Finanzen in Rücksicht auf kommende Kämpfe dringend einer Aufbesserung. Immer mehr rüsten die Arbeitgeber, entsehbende Schläge gegen uns zu führen, immer stärker werden die Unternehmerverbände und immer enger schließt sich der Kreis der Feinde, die uns lieber heute als morgen vernichten möchten. Diese Momente müssen bei der Neugestaltung des Statuts für die Abgeordneten der Mitglieder, in letzterer weitestem Interesse ausschlaggebend sein. Mit dem guten Herzen ist es dabei nicht getan, der Vorstand muß in ernste Erwägung ziehen, was zu tun notwendig, um für alle Fälle, für alle Möglichkeiten des wirtschaftlichen Kampfes genügend gerüstet zu sein. Keinem zu Liebe, keinem zu Leide, muß in erster Linie der Kampfescharakter unseres Verbandes um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kollegenschaft Berücksichtigung finden. Alle anderen Verbandseinrichtungen sind ja nur Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck und sie müssen folge-

dessen zurücktreten gegenüber dem Hauptzweck, können demgegenüber nur sekundäres Interesse beanspruchen.

Wir unterlassen es an dieser Stelle absichtlich, in Erwägungen über die Zweckmäßigkeit einzelner Anträge und Vorschläge einzutreten, im festen Vertrauen darauf, daß auch der diesmalige Verbandstag, gleich seinen Vorgängern, jene sicheren Grundlager schaffen wird, auf denen ein weiterer dauerhafter Ausbau des Verbandes erfolgen kann.

Den Verbandstag wird weiter die geradezu brennend gewordene Frage des Koalitionsrechtes beschäftigen. Wir haben zu wiederholten Malen und zwar besonders gelegentlich der Reichstagswahl in diesem Blatte der Kollegenschaft auseinandergesetzt, welche Gefahren dem Lebensfaden unserer Bewegung, dem Koalitionsrecht drohen. Diese Gefahren haben sich in der letzten Zeit nicht vermindert, sondern noch ganz erheblich vermehrt. Der Vorentwurf des neuen Strafgesetzbuches bedroht besonders unsere Kollegenschaft mit Buchtauschstrafe, sollte sie auch fernerhin wagen, die Arbeit einzustellen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Es genügt den Scharfmachern nicht, daß die Gerichte schon auf Grund der bestehenden Gesetzsparagraphen horrenden Massenstrafen über Streikführer verhängen — die Klassenjustiz soll nicht nur in kulturlosen Ländern Orgien feiern — sie wollen auch die gänzliche und restlose Erwirkung der Streikmöglichkeit besonders der Transportarbeiterkollegenschaft. Dagegen hat der Verbandstag nicht bloß aufs energischste zu protestieren, er hat auch Mittel und Wege zu finden, wie den Scharfmachernwünschen mit Erfolg begegnet, wie sie von vornherein unausführbar und wirkungslos gemacht werden können.

Der Verbandstag in Breslau soll außerdem ein einheitliches sozialpolitisches Programm festlegen, nach dem in systematischer Weise auf vermehrte gesetzliche Schutz der gesamten Kollegenschaft und ihrer einzelnen Teile hingearbeitet werden kann. Um dabei nur die allerbrennendsten Fragen zu erwähnen, erinnern wir an die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit im Transport- und Verkehrsgewerbe, an die Frage der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, an den Achtuhr-Ladenschluß, die Frage des früheren Geschäftschlusses am Wochenende, die Einreihung aller Handels- und Transportarbeiter in die Unfallversicherung. Ferner an schwebende Fragen der Arbeiterschutzgesetzgebung in der Binnenschifffahrt, Fragen annehmbarer Ausgestaltung der Seemannsordnung und noch manches andere mehr. Da soll die Stimme des Breslauer Verbandstages für die Zukunft der Kollegenschaft Nichtschmerz und Leitfaden sein.

So harret denn reiche Arbeit den Abgeordneten der Mitglieder in Breslau und deren sachgemäße und wohlwollende Erledigung wird für die nächsten beiden Jahre der gesamten Organisationsarbeit die festen Grundlagen geben. Ausgerüstet mit dem Vertrauen ihrer Wähler werden sich die Delegierten ihrer großen Verantwortung um das zukünftige Wohl und Wehe der Organisation sicher bewusst sein und ihm nach besten Kräften gerecht werden. Das hoffen mit uns alle treuen Verbandsmitglieder.

In brausenden Afforden
Nimm Kampfarbeit, deinen Flug!
Wohl sind wir groß geworden,
Doch noch nicht groß genug!
Willkommen denn, willkommen,
Ihr Veten junger Zeit,
Die Ihr den Ruf vernommen
Und froh gekommen seid!
Zweihunderttausend Augen sehen
Auf Euch im Frohvertraun;
Die Fundamente stehen —
Auf! Laßt uns weiterbau'n.

**Ein Solidaritätsstreik
der Arbeitgeber und -nehmer gegen
die Magdeburger Polizei.**

Wotio:

„Alle Räder stehen still,
Wenn dein starker Arm es will.“

Was man vor Jahren in Magdeburg für unmöglich hielt, ist zur Tatsache geworden. Unsere liebe Polizei war seit Monaten eifrigst bemüht, Wagenbesitzer und -führer einbringlichst zu Gemüte zu führen, was ein preussischer Staatsbürger nicht alles erdulden muß, und das ist ihr glänzend gelungen. Aber auch die Macht der Polizei hat ihre Grenzen.

Was war die Veranlassung zu dem zweimal stündigen Streik der Arbeitgeber und -nehmer im Personenfuhrwerk? Schon seit Monaten regte sich in den Wagenbesitzern und -führern ein Groll gegen die tagtäglich zu erduldenen Polizeischikanen. Die geringsten Verstöße gegen die „Straßenpolizeiverordnung“, welche im Verkehr fast gar nicht zu vermeiden sind, wurden von den Polizeibeamten zur Anzeige gebracht. Es hagelte Strafmandate über Strafmandate. In einer Tonart erlaubten sich die Polizeibeamten gegen Wagenbesitzer und -führer vorzugehen, die nicht in Knigges Buch steht. Fast bei jeder Fahrt wurden die Fahrer von Polizeibeamten in Uniform und Zivil beobachtet, als wären sie alle Verbrecher. Enthält doch die hiesige „Straßenpolizeiverordnung“ keine Bestimmung, die einem Autoführer gestattet, sich zur Verhütung der allernotwendigsten Verkehrsmittel nur auf kurze Zeit von seinem Wagen zu entfernen. Haben doch aus diesem Grunde Chauffeurs Strafmandate erhalten, die trotz gerichtlicher Entscheidung als zu Recht erlassen, bestehen blieben. Kurz und gut, unter den kleinlichsten Schikanen hatten Besitzer und Führer schwer zu leiden.

Außerdem kam noch der Umstand hinzu, daß die hiesige „Straßenpolizeiverordnung“ immer noch eine Bestimmung enthält, daß die „Kennwiesen“, wo alljährlich mehrere große Pferdewagen abgehalten werden, als zum Polizeibezirk Magdeburg gehörig gerechnet werden, trotzdem diese „Kennwiesen“ 6400 Meter entfernt von Magdeburg liegen, und daß für Fahrten nach den Kennwiesen die Taxe, welche für die innere Stadt Magdeburg gilt, zu bezahlen ist. Für diese Fahrten von 6400 Meter wird im Durchschnitt ein Fahrgeld von 2 Mk. bezahlt. Hieron erhält der Chauffeur oder Droschkenführer 10 Pct. = 20 Pfg., außerdem werden zur Hin- und Rückfahrt circa 4 Kilo Benzin à 48 Pfg. verbraucht, das, wenn der Fahrgast nicht noch ein Trinkgeld gibt, überhaupt kein Verdienst für diese Fahrten ergibt. Fahrt nun ein Chauffeur über 15 Kilometer hinaus, um durch mehrere Fahrten noch etwas herauszuschlagen, so bekommt er, dies ist so klar wie etwas, ein Strafmandat, dessen Summe in vielen Fällen höher ist, als der wirkliche Verdienst. Haben solche Fahrten für Besitzer und Führer noch irgendein Interesse, so lange diese niedrige Taxe besteht? Nein! Kamern dann ferner noch Fahrgäste, welche sich nicht nach dieser niedrigen Taxe richten und freiwillig über die Taxe hinausbezahlen und ein Polizeibeamter stelle dies fest, dann bekommt der Chauffeur ebenfalls ein Strafmandat, wegen Übertretung der Gebührenordnung.

Alle diese geschilderten Zustände trugen dazu bei, daß Besitzer und Führer in mehreren Versammlungen zusammenkamen und über Beseitigung dieser Zustände berieten. In der ersten Versammlung wurde eine aus Besitzern und Führern bestehende Kommission gewählt, welche persönlich beim Herrn Polizeipräsidenten die Beschwerden vorbringen sollte. Am Freitag vor den Pfingstfeiertagen begab sich die Kommission zum Herrn Polizeipräsidenten, dieser wurde aber nicht angetroffen, seine Dienstgeschäfte waren dem Regierungsrat von Voepel übertragen. Vom Herrn Regierungsrat wurde die Kommission aber nicht empfangen; der diensthabende Schumann teilte mit, wenn die Kommission etwas hätte, sollte sie sich an Herrn Polizeiasessor Ortberg wenden. Hier wurde die Kommission empfangen und trug auch ihre Beschwerden vor. Der Herr Assessor erklärte aber, er allein könnte an diesen Zuständen nichts ändern,

wolle aber sofort mit dem Herrn Regierungsrat über diese Wünsche reden. Die Kommission begab sich wieder zurück und wartete im Korridor des Herrn Regierungsrat auf Antwort. Nachdem der Herr Regierungsrat in ziemlich lebhaftem Gespräch sich mit dem Herrn Assessor über die Wünsche unterhalten, war er so liebenswürdig, die Kommission im Korridor zu empfangen und ganz kurz die Wünsche entgegenzunehmen. Die Verhandlungen verliefen resultatlos, da nur Versprechungen gemacht wurden, welche die Wünsche der Besitzer und Führer unberücksichtigt ließen. Einige Beschwerden wurden sogar als Schwindelei bezeichnet. Die Kommission erstattete in einer zweiten Versammlung Bericht über die Verhandlungen, und einmütig erklärten Besitzer und Führer, daß nunmehr kein anderer Weg übrig bliebe, um sich gegen die rigorose Handhabung der Straßenpolizeiverordnung zu schützen und um auch eine höhere Bezahlung der Fahrten nach den „Kennwiesen“ zu erzielen, daß während der beiden Renntage (am 2. und 3. Pfingsttage) von mittags 12 Uhr bis abends 8 Uhr sämtliche Fahrten nach den Kennwiesen einzustellen sind, wenn inzwischen nicht noch eine Verständigung mit der Polizei erzielt werden sollte. Letzteres geschah nicht. Und als am Mittag des ersten Renntages die aus allen Städten Deutschlands herbeigeeilten Rennbahnbesucher gemächlich beim Dinner saßen, wurden sie durch ein Flugblatt gestört, welches ihnen mit einer kurzen Begründung ankündigte, daß während der beiden Renntage (am 2. und 3. Pfingsttage) von mittags 12 Uhr bis abends 8 Uhr sämtliche Autos und Pferdewagen ihre Tätigkeit nach den „Kennwiesen“ eingestellt hätten. Dieser Beschluß wurde auch mit einer Einmütigkeit von Wagenbesitzern und -führern durchgeführt, daß manchen Herren Hören und Sehen verging.

„Vergeblich war die Stätte“, konnte man mit dem Dichter ausrufen, als man am „Hauptbahnhof“ und auf sämtlichen „Halteplätzen“ auch nicht eine einzige Pferdewagen noch ein Auto erspähen konnte. Es war ein Schauspiel für Götter, mit anzusehen, wie die mit den Jagen nach 12 Uhr eintreffenden Rennbahnbesucher nach Autos und Droschken ausgingen und anstatt eine Droschke zu finden, ein Flugblatt erhielten, welches ihnen Aufklärung gab. Da sich inzwischen die Situation bis zum dritten Pfingsttag noch nicht geändert hatte, wurde auch am dritten Pfingsttag mittags pünktlich um 12 Uhr der Beschluß wieder zur Geltung gebracht. Bei den einzelnen Fuhrwerksbesitzern kam nach 12 Uhr das Telefon bis 2 Uhr überhaupt nicht mehr zur Ruhe. „Wir brauchen noch schnell einen Wagen“, so lautete immer die Anfrage. Aber die Fuhrherren mußten wohl oder übel antworten, daß sie leider kein Fuhrwerk bis 2 Uhr zur Verfügung hätten. Nun blieb nur noch ein einziges Rettungsmittel übrig, um nach den Kennwiesen zu gelangen: das war die Straßenbahn. Hier ging das „Gedränge“, das „Gestöße“ und das „Geschimpfe los.“ „Aber“, so schrieb am andern Tage das Leitblatt der Polizei, die „Magdeburgische Zeitung“, am zweiten Pfingsttage, der im Zeichen des Rennsports stand, war der Verkehr, besonders nach dem „Herrenzug“ hin, etwas stärker, doch wickelte er sich trotz des Streiks der Auto- und Droschkenbesitzer glatt ab.“ Selbst die ältesten Droschkenpferde werden über diesen glatten Unfug glatt aufgelacht haben. Aber hier kann man auch nur wieder sagen: „Auf dem Dache sitzt ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß.“

Zum Auto- und Droschkenstreik brachten am andern Tage die „bürgerlichen“ Zeitungen anscheinend von der Polizei inspirierte Notizen. Darin wird gesagt, daß der Streik der Autos und Droschken keine Berechtigung hätte und daß die polizeilichen Maßnahmen nötig gewesen wären, um der Prellerei des Publikums an Renntagen Einhalt zu tun. Mit fadenscheinigen Gründen hat wohl noch keine Behörde ihre Maßnahmen zu verteidigen versucht. Die Magdeburger Polizeibehörde wird ja hoffentlich in aller Offenlichkeit den Beweis führen, wie es um die „Prellerei des Publikums“ an den Renntagen aussieht und wie viele Beschwerden von Fuhrherren wegen Prellerei vorliegen. Die Wagenbesitzer und -führer wollten keine Erlaubnis vom Igl. Polizeipräsidenten, das Publikum zu prellen. Sie wollten Genehmigung, für die Fahrten nach den Kennwiesen nach Lage fahren zu dürfen, und weiter, daß die Wagenführer für die Zukunft nicht bestraft würden, wenn ein Fahrgast freiwillig mehr Fahrgeld bezahlt, als die Taxe vorschreibt. Wäre nur das letzte zugestimmt worden, Besitzer und Führer wären zu ihrem Rechte gekommen. Die „wohlwollende“ Helfing der Wünsche der Wagenführer bestand bisher darin, daß man die Wünsche einfach nicht berücksichtigte. Was die polizeioffizielle Notiz noch über die „glatte“ Verkehrsabwicklung nach dem Herrenzug und vom „Terrorismus“ der Streitenden zu sagen weiß, ist zu belanglos, um darauf einzugehen.

Wenn ferner noch in diesen Notizen gesagt wird, daß sich die Besitzer und Führer in ihr eigenes Fleisch geschnitten hätten, indem sie sich den guten Verdienst an diesen Renntagen entgehen ließen, so sei nur darauf aufmerksam gemacht, daß die Besitzer und Führer gern auf einen „schönen“ Verdienst verzichten, der sich nur in Strafmandaten für die Polizei auflöst.

Vor vier Jahren, so teilte ein Besitzer in einer Versammlung mit, seien die Besitzer schon um Abänderung dieser Taxe vorstellig geworden, ohne daß es etwas genutzt hätte, er sei deshalb fest davon überzeugt, daß andere Mittel angewendet werden müßten, um die hiesige Polizeiverwaltung zu veranlassen, den berechtigten Wünschen der Besitzer

und Führer Rechnung zu tragen. Dies andere Mittel ist angewendet worden und wird mit Bestimmtheit dazu beitragen, daß die Polizeiverwaltung verschiedene Paragraphen der „Straßenpolizei-Verordnung“ der Zeit entsprechend abändern muß, soll nicht, wie eine „Berliner Zeitung“ in bezug auf die 15 St. 1. 0. m. e. t. e. r. G. e. s. c. h. w. i. n. d. i. g. k. e. i. t. schrieb, die Stadt Magdeburg dem Ort „Strähwinkel“ gleichgestellt bleiben. Das mögen sich die Herren am grünen Tisch heute schon gesagt sein lassen, daß Besitzer und Führer kein gesetzliches Mittel unversucht lassen werden, um ihren Wünschen auch Gehör zu verschaffen, ob dies einzelnen Herren angenehm sein wird oder nicht.

**Die Einkassierer und die Sonntagruhe
im Handelsgewerbe.**

Als vor einiger Zeit die Notiz durch die Presse ging, daß dem Reichstage ein Gesetzentwurf betr. Einführung der völligen Sonntagruhe im Handelsgewerbe vorgelegt werden sollte, da atmeten die Handelsangestellten frisch auf und ein „Eudlich“ entlang sich so mancher Brust. Seit dieser Zeit wächst das Interesse an dieser Frage ganz erheblich, aus Gründen, die zu Besprechungen Anlaß geben, weil, soweit wie etwas genaueres über diesen Entwurf bekannt geworden ist, dieser ein elendes Flickwerk sein soll, geschmückt mit so und so viel Ausnahmebestimmungen.

Die Handelsangestellten erwarten vom Reichstage, daß er einmütig die völlige Sonntagruhe beschließen wird und jede Ausnahmebestimmung zurückweist.

Zwar sind die Gegner der völligen Sonntagruhe schon wieder an der Arbeit, um die geplanten Reformen zu vernichten. Sämtliche alten Ladenhüter vom Zugrundegehen des Handelsgewerbes werden wieder hervorgeholt und müssen herhalten, um die Handelswelt vor dem angeblichen Untergange zu retten.

Jeder einsichtige Handelsherr, jeder etwas weiter sehende Kaufmann blickt mit einem mitleidigen Lächeln auf diese seine rückständigen Berufskollegen, er weiß zu bestimmt, daß all dieses Gerede nicht stichhaltig ist, um den Schritt nach vorwärts zu hemmen. Was in England, Amerika und Australien schon seit geraumer Zeit möglich ist, muß auch in Deutschland zu erreichen sein, ohne daß eine Schädigung im einzelnen Falle eintritt.

Ein ganz besonderes Interesse an der Einführung der völligen Sonntagruhe haben die in den Abzahlungs-, Nähmaschinen- und Automaten-Geschäften tätigen Einkassierer, Kassensboten, Hausdiener und Handwerker. Wir stellen gleich fest, daß wohl in keiner Branche des gesamten Handelsgewerbes die bestehenden Gesetze bezüglich der Sonntagruhe derartig bestritten worden sind, wie von den Inhabern der Abzahlungs-, Nähmaschinen- und Automaten-Geschäfte. Unmittelbar gestattet der § 105b Abs. 2 der Gewerbeordnung, daß 5 Stunden gearbeitet werden darf. Aber die genannten Unternehmer haben nicht nur die 5 Stunden, sondern 8—10 Stunden an Sonn- und Feiertagen arbeiten lassen und auch heute noch steht die Sonntagarbeit in diesen Geschäften in Mitte, wie nie zuvor.

In den Abzahlungs- resp. Kreditgeschäften werden neben den festangestellten Einkassierern noch unzählige Sonntagskassierer beschäftigt, die mit 10 Prozent vom einkassierten Gelde entlohnt werden. Durch dieses Sonntagskassierer-System wird die Existenz der festangestellten Einkassierer auf das schwerste geschädigt, zum Teil sogar vernichtet. Die Sonntagskassierer gehen in der Woche ihrem beruflichen Erwerbe nach, und anstatt am Sonntage mit der Familie ins Freie zu wandern und den Körper zu neuer Arbeit zu stärken, werden sie zu Werktagen der Kreditgeschäftsleiter, welche durch Mißachtung der Gesetze auf diese Weise ein billiges Betriebskapital haben. Der festangestellte Einkassierer wird überflüssig, wenn in derartigen Betrieben 50—70 Sonntagskassierer tätig sind. Circa 70 Firmen der Abzahlungsbranche beschäftigen überhaupt keine festen Einkassierer, sondern nur Sonntagskassierer. Die Gewinnsucht dieses Unternehmertums geht so weit, daß man von dem einzelnen Einkassierer eine Sonntagstaxe von 150, 200, sogar 250 Mk. verlangt, wer weniger bringt, wird mit scheelsten Augen angesehen und bekommt seinen Anranger. Diese Summen werden und können aber nicht von dem einzelnen Kollegen kassiert werden, sondern Frau und Kinder müssen fleißig mithelfen, den Säckel des Geschäftsinhabers zu füllen.

Würde nun die Regierung endlich den Wünschen der Handelsangestellten nachkommen, würde vom Reichstage die völlige Sonntagruhe beschlossen, dann würden in den genannten Gruppen unbedingt eine ganze Anzahl arbeitsloser Familienväter Stellung finden.

In den Nähmaschinen-Geschäften werden zwar keine Sonntagskassierer beschäftigt, aber die Festangestellten bekommen am Freitag bezw. Sonnabend eine 2 Tage-Tour und müssen dieselbe am Montagabend abrechnen. Also auch hier muß der Einkassierer am Sonntag fleißig treppauf und treppab klettern, denn wer am Montagabend eine schlechte Kasse abliefern, erhält einen Nasenstüber. In der Nähmaschinenbranche ist die Sonntagarbeit aus dem Grunde vollständig überflüssig, weil einige Firmen, zum Beispiel die große Singer-Co., an Sonntagen nicht offiziell kassieren läßt.

Während nun den Abzahlungs- und Nähmaschinenkassierern wenigstens einige Stunden am Sonntage zur Verfügung stehen, während deren sie sich der Familie widmen können, müssen die Automatenkassierer am Sonntag von den frühesten Morgen-

Stunden bis in die sinkende Nacht im Dienste des Unternehmertums frohden. In dieser Gruppe sind Kollegen vorhanden, welche innerhalb 10 Jahren noch keinen dienstfreien Sonntag hatten.

Trotz behördlicher Bestimmungen, trotz Aufsichtsbehörden, ist hier das Unternehmertum schon jahrelang bestrebt, die Angestellten auch am Sonntage wie eine Zitrone auszupressen. Die gesetzlichen Bestimmungen stehen für diese Herren nur auf dem Papier. Sie pfeifen darauf.

Wenn sich nun in unserer Kollegenschaft hier und da Bestrebungen geltend machen, welche die Abschaffung der Sonntagsarbeit fordernden, so waren es meistens die Organisierten. Denselben stand aber stets eine Anzahl indifferenter Nichtkollegen und die große Zahl von den sogenannten Sonntagstassierern hindernd im Wege, und lediglich aus diesem Grunde konnten in Berlin keine entscheidenden Schritte in dieser Frage unternommen werden.

Wahndrechend gingen unsere Kollegen in München vor, welche jeden Arbeitgeber, welcher Sonntagstassieren ließ, zur Anzeige brachten. Die Organisation erschien auf dem Plan, um den Firmen das Handwerk zu legen.

Die Berliner Kollegenschaft hat sich jetzt auch durch die Organisation beschwerdeführend an das Polizeipräsidium gewandt und um Aufhebung der Sonntagsarbeit durch Erlass einer Verfügung mit Strafindrohung ersucht.

Am 10. April 1912 befasste sich auch der Polizeisenat in Nürnberg mit der Sonntagsarbeit der Einkassierer, und wollen wir unseren Kollegen den Entschluß desselben nicht vorenthalten.

In der Sitzung des Nürnberger Polizei-Senats vom 10. April 1912 wurde seitens eines Referenten mitgeteilt, daß nach den gepflogenen Erhebungen in den letzten 2 Jahren keine Beanstandungen wegen der Beschäftigung des Personals in den hiesigen Abzahlungsgeheimnissen erhoben worden sind, dagegen habe sich die Meinung herausgebildet, daß die Einkassierer (welche 10 Prozent der einkassierten Beträge als Entlohnung erhalten), an den Sonntagen die Stunden aufsuchen. Die Einkassierer sind meist anderweitig in Arbeit und betreiben das Einkassierergeschäft gewissermaßen als Nebenamt. Auch werden in den Abzahlungsgeheimnissen angestellte Personen ihrem Wunsche zufolge, da sie sich einen Nebenverdienst verschaffen wollen, mit dem Zulassungsbescheid. Die Zulassungen werden am Freitag (in Berlin meistens am Sonnabend) den Einkassierern von den Abzahlungsgeheimnisinhabern ausgehändigt. Es wird nun auf Grund einer Entscheidung des Obersten Landesgerichts vom 25. Februar 1905 ausgesprochen, daß die Einkassierer als unter die Bestimmungen des § 105b Abs. 2 der Gewerbeordnung fallend zu erachten sind. Nach dieser richterlichen Entscheidung gelten sogar die Einkassierer als die von einem Abzahlungsgeheimnisinhaber in seinem Handelsgeheimnis zur verbottenen Zeit beschäftigten Gehilfen oder Arbeiter, wenn sie zwar ohne oder gar gegen seinen Willen tätig geworden sind, er es aber an der möglichen Ueberwachung habe fehlen lassen. § 146 der Gewerbeordnung setze zu seiner Anwendung nicht vorsätzliches Handeln voraus; die Bestimmung bezüglich der Sonntagsruhe sei polizeilicher Natur. Der Zweck, die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe wirksam zu schützen, wäre verfehlt, wenn die Strafindrohung nur gegen vorsätzliche Verfehlungen gerichtet wäre. Auch Fabrikfähigkeit genüge, wie bei anderen polizeilichen Strafnormen, zur Feststellung der Straftat. Es wird daher beschlossen, den hiesigen Abzahlungsgeheimnisinhabern mitzuteilen, daß eine Beschäftigung der Einkassierer an den Sonntagen in keiner Weise gestattet ist und Einkassierer gegen die Geheimnisinhaber erfolgen werde, wenn diese Beschäftigung stattfindet.

Dieser Beschluß des Nürnberger Polizei-Senats ist mit Freuden zu begrüßen. Hoffentlich treten die übrigen Polizei-Verwaltungsbehörden diesem Beschluß bei und verhelfen unseren Kollegen Einkassierern zu der seit Jahren erstrebten Sonntagsruhe.

Unsere Kollegen allerorts erwacht nun auf Grund des Nürnberger Entscheides die Pflicht, die Polizeibehörden auf das gesetzwidrige Treiben der Abzahlungs-, Nähmaschinen- und Automatengeschäftsinhaber aufmerksam zu machen.

Ein weiteres Augenmerk ist auf den Ausbau der Organisation in unseren Reihen zu richten. In allen Orten, wo die Kollegen Einkassierer unserem Verbande noch fernstehen, müssen dieselben für uns gewonnen werden, damit wir, wenn im Reichstage unsere Forderungen, welche wir auch dem Ministerium für Handel und Gewerbe überhandt haben, nicht gehört werden sollten, die Sonntagsruhe aus eigener Kraft erkämpfen können.

An unsere Kollegen und Kolleginnen allerorts richten wir das dringende Ersuchen, beim Kauf von Möbeln, Kleidungsstücken und Nähmaschinen auf Teilzahlung, sowie beim Abschluß von Feuer-, Volks-, Einbruch- und Lebensversicherungen sich nur von organisierten Einkassierern bedienen zu lassen, welche in Besitz einer graugrünen Legitimationskarte sein müssen.

Der Zentralverband

Der im Handel, Transport und Verkehr beschäftigten Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen der Schweiz hielt seinen 3. Verbandstag am 11. und 12. Mai d. J. in Basel ab. Vertreten waren 21 Sektionen mit 36 Delegierten. Der Zentralvorstand war mit



Dem Verbandstag!

Glückauf! Ihr Gesandte aus West und Nord und Süd, Euch grüssen frohe Lieder, es grüsst Euch Musik, Es grüssen Euch die Seelen, in denen flammend steht: Die Arbeit kann nur siegen, wenn sie vereinigt geht! Drum strömet Ihr zusammen, zu wägen Rat und Tat, Ihr prüft die alten Wege und sucht den neuen Pfad, Den Pfad, der uns dem Ziele stets näher, näher führt Und dass er sich in Wüste und Wildnis nicht verliert; Ihr sorgt, dass wir im Kampfe stets stehen neu erfrischt Und dass in unseren Herzen das Feuer nicht erlischt. Just ist's die rechte Stunde: ringsum im ganzen Land Ward allzu straff der Bogen vom Herrentruz gespannt, Gefüllt war bis zum Rande das Mass so übertoll, Dass auch der Arbeit endlich die Galle überquoll. Da dröhnte aus der Tiefe der Ruf nach bess'rem Brot, Nach Luft und Licht und Muse in Mangel und in Not. Das war nach Winteröde, nach bleiern dumpfer Frohn Der Sturmgesang des Frühlings, des Lenzes frischer Ton! Und kränzten auch nicht Blüten und Früchte jedes Schild,

Und ward nicht jede Sehnsucht, jeder Wunsch gestillt, Und hat auch goldene Ernte nicht jede Mahd gebracht — Die Hoffnung ist doch wieder allüberall erwacht! Der Mut ist jung erstanden, der nicht in Bignis lebt, Nein, der die Stirne trotzig dem Feind entgegenhebt, Der Wille, der in Fesseln nicht Herz und Sinne zwingt, Nein, der uns in das Leben, das heisse Leben drängt. Ins Leben, das die Wahrheit in tausend Bildern trägt Und sie uns immer wieder in Brust und Köpfe prägt; Was stark hervorgewachsen ist aus der Zeiten Schoss: Vereinte Kräfte schufen's, sie machten es so gross! Vereinte Kraft! — Ihr ward stets des Sieges Huld. Willkommen drum Gesandte aus Ost und West und Süd! Es wirke die Bekenntnis, die aus dem Dunkel stieg. Hart sind von je die Wege, die man zum Gipfel schlägt, Doch leicht sind auch die Lasten, die Ueberzeugung trägt, Warum nur ist so mancher, der sie nicht tragen mag Und keucht in fremden Diensten geduldig Tag für Tag? Soll er den Brüdern opfern, ist er wie blind und taub — Und wirft für Herrengnade sich feige in den Staub! Ward uns denn je aus Liebe auch nur ein Pfennig Lohn, Und Feilschen sie und Schachern nicht um Minuten schon? Muss nicht bereit zum Schlagen, die ganze Linie stehn, Eh' mit der weissen Fahne wir unsere Gegner sehn?

Wollt Ihr in Klugheit wirken für Euern künft'gen Sieg, So rüstet auch im Frieden Euch für Gefahr und Krieg, Dem starken Feinde trotzt nicht allein das grosse Wort; Leicht treibt aus unsern Reihen die Not den Bangen fort, Wollt den Verrat Ihr hindern, der feig zum Gegner geht, Sorgt, dass der Macht des Goldes Gold gegenübersteht! Und sorgt, dass nicht zersplittert und nicht zersprengt Ihr seid, Fasst alle Kraft zusammen in enger Einigkeit; Dass sie sich wie ein Reifen um alle Gauen legt Und so die Macht des Ganzen in seine Teile trägt? —

Wir grüssen Euch Gesandte aus West, Ost, Süd und Nord, Tragt Euer Tagung Früchte in alle Winde fort. Es soll ein Frühlingsodem aus Sturm und Sonnenglühn Durch staubige Höfe, Schuppen und Strassen zieh'n. Und wo sich bückt ein Nacken in feiger Demut noch, Wo sie geduldig beugen sich in das harte Joch, Wo noch die Menschenwürde tot in der Seele liegt, Da zeigt hinauf zur Höhe wo unser Banner fliegt Und wenn der Ruf zum Streiten den letzten Torenen weckt, Und wenn der letzte Träumer sich aus dem Schlummer reckt, Wenn des Verbandes Fahne an jedem Ort man hisst, Dann wird die Arbeit spüren, dass sie ein Riese ist!



seinen sieben Mitgliedern vollzählig vertreten. Die Revisionskommission war mit zwei Mitgliedern vertreten und die Beschwerdekommision mit einem Mitgliede. Von anderen Verbänden waren erschienen: Schneberger für den Gewerkschaftsbund, Gass und Dändliker für den Basler Arbeiterbund, Max Bueff und Johann Reimüller für den deutschen und Paul Weigl für den österreichischen Transportarbeiterverband, sowie der Gründer des Verbandes Nationalrat Grimm. Zusammen inklusive Schriftführer 61 Personen.

Zu Vorsitzenden wurden die Kollegen Degen, Conzett und Bloch-Zürich bestimmt. Kollege Bausler, der auch den Zentralrat der internationalen Transportarbeiter-Federation vertrat führte in seiner Begrüßungsrede ungefähr folgendes aus: „Die internationale Federation zählte 1904: 11 Organisationen mit rund 77 500 Mitgliedern in 7 Ländern, Ende 1911 waren es 46 Organisationen mit rund 708 000 Mitgliedern, die sich auf 19 Länder verteilen.“

Eine ähnliche Zunahme weist der Deutsche Transportarbeiter-Verband auf. Durch den Anschluß der Hafenarbeiter und Seeleute ist die Mitgliederzahl des deutschen Bruderverbandes in den letzten 1 1/2 Jahren um 57 000 gestiegen, so daß er zur Zeit rund 210 000 vollzählende Mitglieder aufweist und dadurch an Stärke gewonnen hat und zu einer achtunggebietenden Macht im Wirtschaftsleben geworden ist. Eine solche Organisation können die Unternehmer nicht mehr ignorieren. Die Arbeiterbewegung in Deutschland macht in großen und ganzen sehr gute Fortschritte, was sich die am Anfang d. J. stattgefundenen Reichstagswahlen bewiesen haben. Die besten Agitatoren für die Ausbreitung der Arbeiterbewegung in Deutschland sind die Unternehmer und die Behörden. Sie sorgen in ihrem ungerechten Vorgehen gegen die Arbeiter, wenn auch ungewollt, dafür, daß selbst dem zurückgebliebensten Arbeiter die Augen geöffnet werden. Pause empfiehlt auch dem jungen schweizerischen Verband die Waffen zu schärfen und neue zu schmieden. Der deutsche Verband nimmt großes Interesse an der Entwicklung des schweizerischen Verbandes; es kann den deutschen Kollegen nicht gleichgültig sein, ob indifferente oder aufgekärte Berufskollegen nach Deutschland übersiedeln.“ (Lebhafter Beifall.)

Kollege Weigl-Wien kann mit ähnlich großen Ziffern bezüglich Finanzen und Mitgliederzahl nicht auftrüben. Der dortige Verband leidet unter dem Nationalitätenstreit. Das Jahr 1908/09 war ein Krisenjahr und das Jahr 1909 schloß sogar ab mit einem Defizit von 12 000 Kronen. Aber schon im Jahre 1911 verfügte der österreichische Verband über ein Vermögen von 120 000 Kronen, wobei der Streifenfonds nicht einmal inbegriffen ist. Diese befriedigende Lage ist der Beitragserhöhung zu verdanken, die niemals zum Schaden der Gewerkschaft auswächst. Auch der schweizerische Verbandstag soll einen Stein im Weltwerk bedeuten, was die drei mitteleuropäischen Verbände umschließt. (Beifall.)

Vom bulgarischen Transportarbeiterverband war ein sehr verbindliches Dankschreiben für die Einladung eingelaufen, das vom Sekretär Walter verlesen wurde. Nachdem Dändliker namens des Basler Arbeiterbundes die Einladung verbandt und guten Erfolg gewünscht hatte, wurde die Geschäftsordnung festgestellt. Alsdann erstattete in zweieinhalbstündiger Rede der Zentralsekretär Walter den Bericht des Zentralverbandes in den Jahren 1910 und 1911.

Wenn sich unsere Erwartungen vom letzten ordentlichen Verbandstag 1910 in Zürich auch nicht durchwegs erfüllt haben, können wir heute mit Freuden konstatieren, daß es doch vorwärts ging und untere Organisation innerlich erstarkt ist. Das letztere haben wir vor allem dem Vertrauensmännersystem zu verdanken, und es wäre nur zu begrüßen, wenn man auch anderwärts, wo es in dieser Beziehung noch sehr mangelt, endlich zu dieser Einsicht kommen würde. Für die Agitation wurde von der Verbandsleitung geleistet, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich war, wobei man nicht vergessen darf, daß die zur Verfügung stehenden Kräfte sich hauptsächlich der Neugründung von Organisationen und der Durcharbeitung der Bewegungen widmen mußten.

Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1910 1046 und am Schlusse des Jahres 1925. Aufgenommen wurden im Jahre 1910: 684 Mitglieder. Am Schlusse des Jahres 1911 betrug die Mitgliederzahl 1249, aufgenommen wurden im Jahre 1911: 980 Mitglieder. Am Schlusse des ersten Quartals 1912 betrug die Mitgliederzahl 1517. Von diesen Mitgliedern waren im Jahre 1910: 32 weibliche und im Jahre 1911: 126 weibliche Mitglieder — heute zirka 178. Die Mitgliederzahl verteilt sich auf die Weise wie folgt:

Table with 3 columns: Category, 1910, 1911, 1925. Rows include Fuhrleute u. Expeditionsarbeiter, Chauffeure, Bader, Magaziner u. Ausläufer, Holz- u. Kohlenarbeiter, Handelsangestellte, Feinverpüger, Zeitungsverträger, Total.

Davon sind Konsumarbeiter und zwar in gemischten Betrieben 93 184 297

Wenn es so weiter geht, wie in letzter Zeit, werden sämtliche Branchen ihre Mitgliederzahlen in Wälde verdoppeln; möge jeder sein möglichstes dazu beitragen.

Die Lohnbewegungen in den Berichtsjahren sind zum größten Teil mit Erfolg und zugunsten unserer Kollegen durchgeführt worden. Bewegungen wurden durchgeführt im Jahre 1910: die Fuhrleute und Drofschkenfischer — die erste als Angriff, die zweite als Abwehrbewegung, beide mit Erfolg. In Bern die Fuhrleute und Expeditionsarbeiter, welche mit teilweisem Erfolg beendet wurde; in Zürich wurden drei Bewegungen der Fuhrleute mit einzelnen Betrieben

Achtung! Teilnehmer am Verbandstage in Breslau.

Am Sonnabend, den 8. Juni cr., von mittags ab, sind Vertreter des Empfangskomitees auf dem Bahnhof anwesend. Kennlich am Abzeichen: „Bruderhand auf grüner Rosette“.

Das Empfangslokal befindet sich im „Hotel zum goldenen Adler“, Breslau, Fränkelpark 1, Ecke Flurstraße, dicht in der Nähe des Hauptbahnhofes.

Das Komitee. J. A.: Herm. Zimmer.

geschicht: den streikenden Seeleuten in Frankreich 30 Fr., den englischen Seeleuten 25 Fr. und den ausgesperrten Arbeitern in Norwegen 15 Fr.

Aus allen obigen Angaben über den Zustand und die Tätigkeit des Verbandes ist ersichtlich, daß er im ersten Jahr seines Bestehens auf gewisse Erfolge hinweisen kann. Diese sind zwar nicht groß, aber um so wertvoller, weil sie trotz aller Schwierigkeiten und Verfolgungen von dem Staate selbst, sowie von den Arbeitgeber und den Gegenorganisationen erzielt sind.

Das laufende Jahr bringt uns viel größere Erfolge. Das sieht man schon von den Ergebnissen der ersten Monate. Und diese neuen Erfolge unseres Verbandes sind um so sicherer, weil sie aus einer unablässigen systematischen Arbeit entspringen.

Der Klassenkampf in England.

Die Kämpfe der Transportarbeiter und Bergarbeiter, die in kurzer Zeitspanne Old England durchzogen, Handel und Verkehr lahmlegen, sind äußerlich einfache Kohnkämpfe, die ein besonderes Interesse erst dadurch gewinnen, daß außergewöhnlich viel Arbeiter von den Kämpfen in Mitleidenschaft gezogen wurden, oder direkt beteiligt waren. Aber darüber hinaus war die Wirkung der Kämpfe weit größer, als es sonst bei den Bewegungen anderer Berufsgruppen der Fall zu sein pflegt. Die Wirkung des Generalstreiks der Transportarbeiter war dabei größer, als die des Bergarbeiterstreiks. Es ist nicht unsere Sache, einzugreifen in den sich eben entspinnenden Streit darüber, ob der Streit der englischen Bergleute eifrig Wochen früher hätte proklamiert werden müssen; Tatsache ist, daß, ebenso wie in Deutschland, auch in England, die vorzeitige Ankündigung des Streiks, die Vergewaltigung veranlaßte, die Förderung der Kohlen bis zum äußersten zu steigern und große, gewaltige Vorräte aufzusapeln. Da England außerdem als Kohlenexportland schon immer große Vorräte liegen hat, so verbessern die Grubenherren ihre Situation durch die Sperrung der Ausfuhr. Wenn der englische Bergarbeiterstreik trotzdem noch von einschneidender Wirkung war, so ist das ein unumstößlicher Beweis für die volkswirtschaftliche Wichtigkeit der Bergleute. Und wenn es ihnen trotz der entgegenstehenden Hindernisse gelang, ihre Bewegung im Prinzip siegreich durchzuführen, so verdanken sie das ihrer guten Organisation, wie die deutschen Bergarbeiter ihrer Zersplitterung und dem Verrat der Zentrumsgewerkschaft ihre Niederlage zuschreiben müssen.

Auch der Generalstreik der englischen Transportarbeiter endete siegreich, obgleich die an diesem Streit beteiligten Arbeitergruppen teilweise nicht nur schlecht, sondern sogar sehr schlecht organisiert waren. Aber der Streit war von durchschlagender Wirkung. Mit Entsetzen haben die Anglophilten, daß die insulare Lage Englands, die splendid isolation — die glänzende Isolation — (eine Nebenart, die in England früher nicht in geographischer, sondern in politischer Beziehung stolz gebraucht wurde) auch seine Achillesferse war. England bedarf dringend der Nahrungsmittelzufuhr, und wenn auch der Streit keineswegs überraschend gekommen war, so lassen sich doch Nahrungsmittel nicht in der nötigen gewaltigen Menge so leicht sammeln, wie z. B. Steintohlen. Und so erklärt es sich, daß die mittelmäßig organisierten Hafnarbeiter und die schlecht organisierten Seeleute ihre Forderung in fast ebenso viel Tagen durchsetzten, wie die gut organisierten Bergarbeiter Wochen brauchten. Denn schließlich läßt sich ein Mangel an Steintohlen, — so katastrophal er wirken kann — doch immerhin leichter ertragen, als das Zwicken und Zwaden in dem leeren Magen. — Dieser glänzende Waffengang der englischen Hafnarbeiter (und sonstigen Transportarbeiter), stellte den Nimbus wieder her, den die englische Gewerkschaftsbewegung in den Augen nicht nur der deutschen Hafnarbeiter, sondern auch der Mehrzahl der Gewerkschaftler überhaupt, in den Tagen des Jahres 1907 verloren hatte, als mehrere Tausend englische Streikbrecher den aussperrungswilligen Hamburger Hafnarbeitersunternehmer zu Hilfe eilten, die die Schauerleute, die für eine erträgliche Arbeitszeit kämpften, in ein menschenwürdiges Joch spannen wollten.

Aber der prächtige Sieg weckte auch etwas anderes, nämlich das Klassengefühl. Die Organisationen der Transportarbeiter nahmen stark an Mitgliederzahl zu, die Massenbewegung war nicht mehr nur tatsächlich, ihr wurde auch jetzt offenkundiger Ausdruck verliehen. Wenn die Hafnarbeiter noch gezögert hätten, die wütenden, sonst gar nicht englisch, sondern deutsch anmutenden Ausfälle der Unternehmer gegen die Arbeiter, hätten sie in die Organisation getrieben. Was sonst infolge der merkwürdigen englischen Parteilosstellung noch auf Seiten der Arbeiter stand — offiziell wenigstens — nahm jetzt entschiedene Stellung gegen die Arbeiter. Dazu kamen noch jene Kreise, die aus unglücklichen Gründen sonst die materielle Seite der Arbeiterfrage unberücksichtigt ließen und nur auf die

Hilfe der Arbeiter zur Durchführung ihrer politischen Pläne spekulierten. Daß der Streit der Transportarbeiter die wunde Seite des englischen Staates, die Nachteile der insularen Lage, aller Welt enthüllten, vergaben diese Kreise den Arbeitern nicht. Die Transportarbeiter scheinen das wohl erfasst zu haben, ihre Gewerkschaften leben seit dem ersten Kampf nicht: Gewehr bei Fuß, sondern schon Gewehr im Anschlag. Und jetzt ist, so kurze Zeit nach dem ersten Sieg, der Schuß gefallen, der hoffentlich das Signal war zur Feier des zweiten Sieges.

Als die erste Nachricht vom erneuten Kampf der Hafnarbeiter zu uns kam, konnte man als kontinentaler Gewerkschaftler einen leisen Zweifel an der Zweckmäßigkeit nicht unterdrücken, um so weniger, als die gemeldete Ursache des Kampfes für unsere Begriffe etwas sonderbar war. Die offizielle Ursache des Kampfes war nämlich die Weigerung der Leichterleute, mit einem unorganisierten Vorarbeiter zusammen zu arbeiten, der als gewöhnlicher Hafnarbeiter beschäftigt wurde, angeblich weil er „überzählig“ (?) war. Darauf wurden sofort 2000 (!) Leichterleute gemargelt — um des einen Mannes! Welch eine Perle von Mensch muß das sein! Nun, sein Hauptverdienst bestand darin, daß er den von den Unternehmern zweifellos erwarteten Widerstand der Arbeiter weckte und so den Unternehmern Gelegenheit gab, den herbeigewünschten Kampf zu beginnen und der Desertion nicht doch die Arbeiter als die Störenfriede zu denunzieren. Die kapitalistischen Blätter sind auch prompt auf den Schwind — „hineingefallen“. Ein Streit von 100000 Arbeitern wegen eines einzigen heulmetern sie und hatten kein Wort der Entrüstung darüber, daß die Unternehmer den Kampf mit der Maßregelung von 2000 Arbeitern wegen des Einzigen — begannen. Wir lassen die Verantwortung der Frage, ob es zweckmäßig war, durch die Weigerung mit dem Einem zusammenzuarbeiten, den Unternehmern eine bequeme Handhabe zu bieten, die Sachlage zu verschieben, völlig außer Rechnung — schon deshalb, weil der, der den Kampf will, auch ohne dies „Gründe“ gefunden hätte. Aber die Entrüstung der Unternehmer und ihrer Zeitungsreptile darüber, ist ein lebendiges Beispiel für die Verschiedenartigkeit des Kleinlichkeitsgefühls, der Erbgriffe in den beiden Gesellschaftsschichten. Während die Arbeiter sich verletzt fühlen, wenn sie mit einem Menschen zusammenarbeiten sollen, der auf ihre Kosten, auf Kosten der Organisation, Vorteile genießt, während sie ein solches Verhalten als ehrlos empfinden und deshalb in der Zumutung, mit ihm zusammen zu arbeiten, eine persönliche Ehrverletzung erblicken, arbeiten die Unternehmer (und die Verteidiger ihrer Praktiken) mit jedem Schelm und Zuchthauswärter zusammen, so lange es dieser nicht so arg treibt, daß er in den für reiche Leute so überaus weiten Machen des Gesetzbuches hängen bleibt. Die Entrüstung der Unternehmer und Konforten ist eine Entrüstung der Unmoral über die Moral.

Der Verlauf der Bewegung widerlegt aber die Behauptung, daß der „Eine“ die Ursache des Kampfes war. Tatsächlich wurde in der ersten Zusammenkunft der Unternehmer und der Arbeiter vor dem Regierungskommissar festgestellt, daß die Unternehmer den Tarif falsch auslegten und daß die Arbeiter bei den wiederholten Streitigkeiten im Recht gewesen waren. Dem Vertreter der Unternehmer, der sich heftig dagegen wehrte, erhielt vom Regierungsvertreter eine Lektion über den guten Ton, wobei der Arbeitervertreter als Muster diente. Seit dieser ersten Zusammenkunft haben die Unternehmer eine heilige Scheu vor der Kommission: sie weigern sich, vor ihr zu erscheinen. Braucht die Welt noch mehr Beweise, daß die „Gründe“ der Unternehmer an den Haaren herbeigezogene Scheingründe sind? — Weiter: Der Kampf brach ohne Vorbereitung, ganz plötzlich, aus. Die Blätter nannten die Lage Englands verzweifelt, weil nicht wie beim letzten Streik an Anhäufung von Nahrungsmitteln hätte gedacht werden können; dabei gehen die Fleischpreise 8 Tage nach Ausbruch des Streiks zurück! Alles deutet darauf hin, daß sich es diesmal um einen von langer Hand vorbereiteten Stoß gegen die Arbeiterorganisation handelt. Der Transportarbeiterverband deckt die Absichten der Unternehmer in einem Manifest auf, das die Verbandsleitung an die kämpfenden Kollegen erließ. Es heißt darin:

„Nach sorgfältiger und langer Prüfung der bei den Arbeitseinstellungen im Hafen in Betracht kommenden Streitfragen betrachtet es das Komitee als seine Pflicht, den im Kampfe verwickelten Arbeitern das Tatsachenmaterial vorzulegen:

1) Erstens haben die verantwortlichen Beamten der Gewerkschaften jede Anstrengung gemacht, eine Arbeitseinstellung in jedem Notungsfall zu vermeiden. Wir bedauern die vergebliche Einmischung von Arbeit-

gebern in die Rechte des Individuums, Mitglied einer Gewerkschaft zu werden und zu bleiben. Wir konstatieren ferner, daß uns die Weigerung der Arbeitgeber, Verträge zu halten, die Hände gebunden hat. Wir haben jeden Fall der Nichtbeachtung von Verträgen seitens der Arbeitgeber wie auch zahllose Fälle von Boykott geduldig und diskret behandelt. In dem Fall, der die jetzige Stockung herbeigeführt hat, hat man dem in Frage kommenden Individuum Monate gelassen, einer Gewerkschaft beizutreten; alle Ueberredungsversuche sind angewendet worden, doch ohne Erfolg, und die Arbeitgeber haben zu dieser organisationsfeindlichen Haltung aufgemuntert.

2) Der vorliegende Streikfall hat eine Verschönerung der Arbeitgeber aufgedeckt, die sogleich ihre Karten zeigten und sich gemeinschaftlich des Geschäftes der feindlichen Firma annahmen und dadurch das Kampffeld ausdehnten.

3) Die Weigerung der Arbeitgeber der Richterführer, den Vertrag vom letzten Herbst anzuerkennen, ist eine ungesetzliche Handlungsweise, was durch die Urteile des Obergerichtes und des Lord Justice Celeridge bewiesen wird.

4) Seit der Abmachung des letzten Jahres sind zahllose Fälle von Vertragsbruch vorgekommen und trotz unserer Proteste und friedlichen Bemühungen, Kämpfen aus dem Wege zu gehen, haben unsere Anstrengungen meist fehlgeschlagen.

5) Wir behaupten, daß die gegenwärtige Stockung gänzlich dem veragatorischen Verhalten der Arbeitgeber zuzuschreiben ist. Wir sind jedoch gern bereit, mit den Arbeitgebern zusammenzukommen, um ein Abkommen über die Regelung von Beschwerden herbeizuführen.“

In einer Versammlung nahmen die Hafnarbeiter folgende Resolution an:

„Nachdem dieses gemeinschaftliche Komitee des Exekutivausschusses und des Sonder-Distriktskomitees die wesentlichen Streitfragen, die die Transportarbeiter im Londoner Hafen berühren, gründlich beraten hat und die Boykottierung von Gewerkschaftsmitgliedern und den vorsätzlichen Vertragsbruch der Arbeitgeber wie auch deren allgemeine veragatorische Behandlung der Arbeiter des Hafens in Betracht gezogen hat, ist es zur Entscheidung gekommen, daß ihm unter diesen Umständen keine andere Wahl bleibt, als alle Transportarbeiter aufzufordern, die Arbeit niederzulegen, um es dem Verband zu ermöglichen, ihre Beschwerden abzustellen.“

Damit wurde der Kampf auf die anderen Gruppen des Transportgewerbes ausgedehnt. Daß die Arbeiter sich des Ernstes der Situation bewusst sind, geht aus den Worten Gostings hervor: „Ich glaube, wir haben einen sehr großen Kampf vor uns und ich glaube nicht, daß wir ihn in ein oder zwei Wochen beenden werden. Ihr müßt zusammenhalten, was auch die Folgen sein mögen, und den Kampf zu Ende kämpfen, und wenn ihr euch alle loyal gegen uns erweist, so werden wir die Sache für euch durchführen wie im letzten Jahre.“

Augenblicklich stehen in London 120 000 Transportarbeiter im Kampf. Sie verteilen sich folgendermaßen auf die verschiedenen Berufszweige: Dockarbeiter 8000, Fuhrleute 30 000, Tagelöhner 10 000, Verladearbeiter 7000, Leichterleute 7000, Schleppbooteleute 3000 und Unorganisierte dieser Berufe 4000, der Rest gehört verschiedenen Nebenbeschäftigungen an. Daß damit dem Umfang der Bewegung aber noch keine Grenzen gezogen sind, geht aus den Worten von Ellis hervor: „Ich möchte nachdrücklich betonen, daß dieser Kampf nicht notwendig auf den Londoner Hafen beschränkt sein wird, daß er ein nationaler Kampf werden wird. Was uns die Meeder vorher sagten, das sagen wir jetzt ihnen: Dies ist nicht die Zeit zum Reden; dies ist die Zeit zum Handeln.“

Die letzte Wendung Ellises bezieht sich auf das Eingreifen der Regierung, die eine Untersuchungskommission eingesetzt hatte, an deren Spitze Sir Edward Clarke steht, der eben als Schlichter für die Bergarbeiter Südhorsfithes den höchsten Minimallohn für Hauer (6¹/₂ Schilling) festgesetzt hat. Die Arbeiter haben zwar ihre Bereitwilligkeit zur Verhandlung bewiesen, aber sie wollten nichts von juristischer Spitzfindigkeit und Verschleppungskunst wissen. Ihrem Protest gegen die juristischen Vertreter der Unternehmer wurde denn auch stattgegeben. Es spricht nicht für die Güte ihrer Sache, daß die Unternehmer nur plötzlich von der Regierungseinnischung nichts mehr wissen wollten. Die Regierung ist aber nicht gewillt, die Ruhe im Hafen dem scharfmacherischen Gelüsten der Unternehmer preiszugeben. Sobald die Arbeit wieder aufgenommen wird, beabsichtigt die Regierung, ein Einigungsamt einzusetzen, in dem Arbeitgeber und Arbeiter vertreten sind, und dessen Kompetenz den ganzen Hafen umfassen soll. Sollten die Arbeitgeber diese Behörde nicht anerkennen, so sollen ihre Vollmachten gesetzlich festgelegt werden.

treibt zweitens nur 20 Pf. die Woche Beitrag kostet und den Mitgliedern folgendes: welches auf dem andei Aufnahmestempeln steht.

Werter Kollege wie ich wohl gehören die mehrzahl der Kollegen dem Central-Verband, Einzel-Mitgl. an ja aber werter Kollege was haben wir von den großen Verbänden wir zahlen unser Geld für andere Berufe die Streifen und wir Portier und Fahrstuhlführer sehen zu wieß den andern unser Geld bekommt, denn wir Portier und Fahrstuhlführer haben doch bis jetzt noch nicht gestreikt und ob wir streiken werden das ist noch weit im Felde, oder wenigstens heute oder morgen noch nicht an Streit denken und da denke ich, werter Kollege, haben wir doch nichts von den großen Verbänden.

Wir wollen nämlich ein großes Ganzes werden, denn es haben sich schon mehrere Vorstandsmitglieder aus den andern kleinen Vereinen um uns angehalten um ein großes Ganzes für die Berliner Portiers und Fahrstuhlführer zu gründen u werden.

Einer günstigen Antwort entgegengehend zeichnet Hochachtungsvoll ergebenst Ludwig Dengler Vorsitzender.

Dieses Schriftstück, das den Vereinsstempel trägt, ist so recht bezeichnend für die geistigen Größen dieser Aushororganisation. Nebenbei bemerkt ist dieser Vorsitzende Herr Dengler Zigarrenhändler, und was wohl bei diesem „Deutlich“ und Stuhl das Un glaublichste ist, Redakteur der „Deutschen Portier-Zeitung“.

Wir haben uns daher wiederholt veranlaßt gesehen, im „Vorwärts“ vor einer derartigen blau-gelben Organisation zu warnen. Diese Warnungen liegen den Vorstandsmitgliedern schwer im Magen, ein Zeichen, daß der Hieb sitzt. Behaupten doch einige Vorstandsmitglieder von sich, sie wären Parteigenossen, besser gesagt, Schein-Parteigenossen, denn laut Nürnberger Parteibeschluß ist jede Mitarbeit von Parteigenossen in Gewerkschaften, die von den örtlichen Gewerkschaftsleitungen und Parteiorganisationen nicht anerkannt sind, unvereinbar mit den Grundfäden und Interessen der Sozialdemokratie.

Kollegen! Es muß unsere Aufgabe sein, die rückständigen Kollegen, welche noch einer solchen Organisation nachlaufen, aufzuklären, damit auch sie Willkämpfer werden. Wenn jeder Kollege seine Pflicht tut, dann wird auch unter den Fahrstuhlführern und Portiers der Erfolg nicht ausbleiben. Nur eine Organisation gibt es, die uns vom Joche des Kapitalismus befreien kann, und diese heißt: Deutscher Transportarbeiter-Verband.

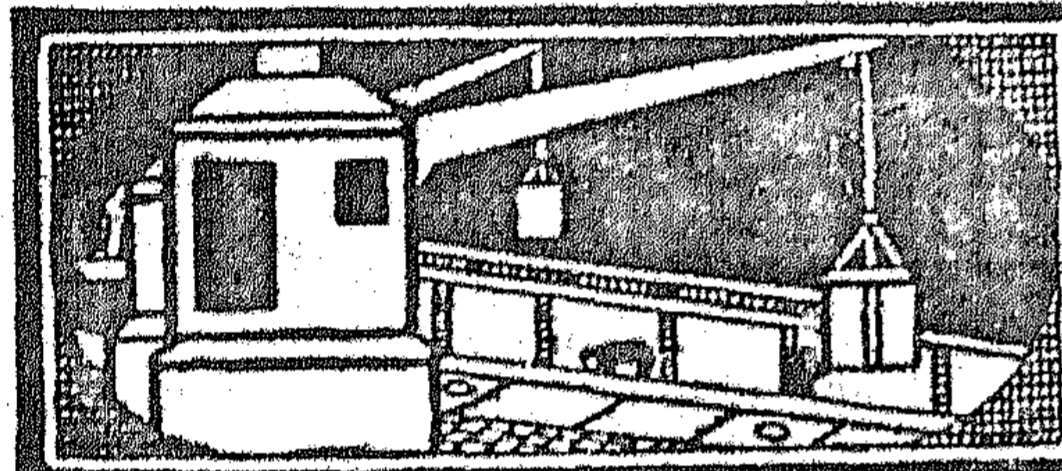


Berlin. Einen erfreulichen Erfolg erzielten die bei der Firma Gebr. Israel — Beleuchtungsbranche — Beschäftigten Kollegen Baker, Hausdiener, Fahrstuhlführer, welche sämtlich Mitglieder unseres Verbandes sind. Bei der Firma bestand seit dem Jahr 1910 ein Tarifvertrag, der bis zum 1. Juni d. J. Gültigkeit hatte. Im März beschlossen nun unsere Kollegen, diesen zu kündigen und einen neuen, bessere Arbeitsbedingungen enthaltenden, durchzusetzen. Nachdem die Forderungen formuliert waren, wurden sie der Firma eingehandt und erklärte sich diese sofort zu Verhandlungen bereit. Diese fanden dann zwischen dem Betriebsleiter, einem Verbandsvorsteher und dem Arbitrationsrat statt. Der Erfolg der Verhandlungen war der Abschluß eines neuen Tarifes. Erzielt wurde für die 18 Beschäftigten eine Gesamtlohnzulage von 27 Mk. pro Woche, im Durchschnitt also 1,50 Mk. pro Mann. Ferner erhalten alle Kollegen einen Sommerurlaub, der in diesem Jahre 4 Arbeitstage beträgt. — Wenn man in Betracht zieht, daß die Firma schon unter dem alten Tarif mit zu den die höchsten Löhne in der Branche zahlenden gehörte, so kann man sehr wohl sagen, daß dieser Tarifabschluß einen guten Erfolg unserer stramm organisierten Kol-

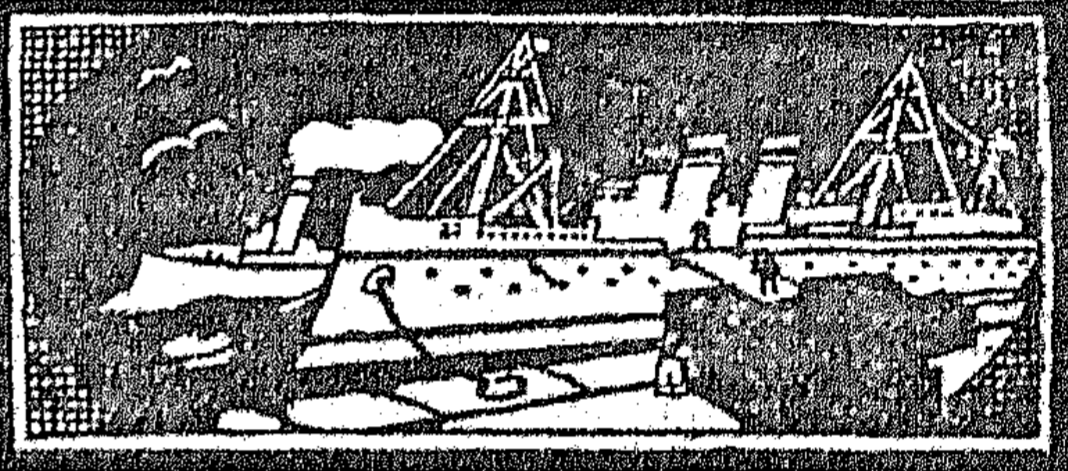
legen darstellt. Den Kollegen aus den anderen Betrieben der Branche aber sollte diese Bewegung ein Ansporn sein, auch dort die Organisation so zu stärken, daß es in diesen Betrieben möglich wird, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Wenn alle Bader in der Beleuchtungsbranche Mitglieder des Transportarbeiterverbandes sein werden, dann wird der Lohn auch überall, wie bei Israel, 30 Mk. und mehr pro Woche bei 8 1/2 stündiger täglicher Arbeitszeit betragen können.

Die Bankower Extrawurst. Trotz aller Bemühungen ist es immer noch nicht gelungen, eine einheitliche Sonntagsruhe in Groß-Berlin einzuführen. Außer einer Reihe kleiner Vororte weigern sich besonders Bankow und Nieder-Schönhausen, das Berliner Ortsstatut einzuführen. Bankow hat beschlossen, daß die Geschäfte an den Sonntagen nicht nur zwei, sondern vier Stunden offen halten dürfen, und zwar im Sommer und Winter von 8 bis 10 und 12 bis 2 Uhr. Jetzt hat nun der Regierungspräsident dem Bankower Statut die Genehmigung versagt und erneut die Einführung der Berliner Ordnung empfohlen. Die Gemeindevertretung hat dies aber abgelehnt. Es bleibt deshalb in der Vorortgemeinde vorläufig bei dem bisherigen Zustand, der eine Verkaufszeit von 1/8 bis 1/2 10 und 1/2 12 bis 1/2 2 Uhr bedingt. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung von Nieder-Schönhausen wurde mit Rücksicht auf das Verhalten der Bankower die Einführung des Berliner Statuts ebenfalls abgelehnt. — Die Regierung ist doch sonst nicht so zimperlich, wenn es gilt, eine Gemeindeverwaltung zur Käse zu bringen; warum denn nun gerade in Sachen der Sozialpolitik?

Eiberfeld. Mit der Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handels- und Gewerbe beschäftigte sich in einer Plenarversammlung das Eiberfelder Kaufmannsgericht. Die Vertreter der Kaufleute beäugelten den Antrag. Die 12 Gehilfenbesitzer und 2 Arbeitgeberbesitzer stimmten indes für den Antrag, so daß dieser mit 14 gegen 11 Stimmen angenommen wurde.



Hafenarbeiter



Die „rechtsverbindliche Kraft“ sozialer Friedensverhandlungen. (Urteil des Reichsgerichts vom 24. Mai 1912.) Die gewaltigen Wirtschaftskämpfe unserer Zeit, in denen Arbeitgeber mit Arbeitnehmern miteinander ringen, pflegen oft im Wege gütlicher Verhandlungen der Parteien beigelegt zu werden. Nach geschlossenem Frieden hofft man dann, die Wunden heilen zu sehen, die solche Kämpfe in der Regel beiden Seiten schlagen. Und wenn dann der Streit von neuem beginnt, wenn die eine Partei die getroffenen Vereinbarungen mißachtet, kann dann der andere Teil sich auf die Friedensverhandlungen berufen? Obenell auf Unterlassung oder Schadenersatz klagen? Die Beantwortung dieser Frage hängt in erster Linie davon ab, ob derartige gütlichen Abreden überhaupt eine rechtsverbindliche Kraft innevolnt. Und diese entscheidet sich wieder danach, ob der Wille der Parteien darauf gerichtet war, einen gegenseitigen Vertrag im Rechtsinne zu schaffen und ob die Personen, die zum Abschluß eines solchen Vertrages mitwirkten, zur Abgabe einer für die anderen rechtsverbindlichen Erklärung berechtigt waren. Irrtum über die Kompetenz der gegenseitigen Unterhändler ist nicht selten der Grund, weshalb solchen Friedensschlüssen die rechtsverbindliche Kraft fehlt. Ein typisches Beispiel hierfür sind die Verhandlungen, die der Hafenbetriebsverein zu Hamburg mit den Vertrauensleuten der Arbeitererschaft zur Beilegung eines im April 1907 herrschenden Streiks der Schauerleute gepflogen hatte. Nach der Behauptung des Arbeitgebervereins hatten sich die „Delegierten“ der Arbeitererschaft verbindlich gemacht, einer noch einzuberufenden Arbeiterversammlung die Basis zu empfehlen, auf welcher der Lohnkampf beendet werden sollte: Zusammenarbeit mit den Nichtorganisierten, Unterlassung jeder Störung des Zugangs und jeder Belästigung der Zugehenden, dafür Abschluß der fremden Arbeiter. Im Oktober 1907 wurde nun in sozialdemokratischen Zeitungen vor dem Zug nach Hamburg gewarnt und zwar, wie der Arbeitgeberverein behauptete, auf Veranlassung des Vorstandes des Hafenarbeiterverbandes; auch sollten Mitglieder des Verbandes eine Reihe Kontraktarbeiter zur Kündigung gezwungen und mit Kontrollmarken versehen haben. Die Arbeitgeberorganisation erblickte darin eine Verletzung des im April mit dem Verbands der Hafenarbeiter und verwandten Berufsangehörigen angeßlich geschlossenen „Vertrages“, der von einer nachfolgenden Versammlung der organisierten Hafenarbeiter sanktioniert worden sei. Die Unterlassungsanträge des Hafenbetriebsvereins war aber vom Oberlandesgericht Hamburg abgewiesen worden, da mindestens auf seiten der Arbeiter nicht der Wille bestanden habe, sich durch derartige Abmachungen auch rechtlich zu binden. Das Reichsgericht hatte auf die Revision des Hafenbetriebsvereins das Verurteilungsgericht aufgehoben und erklärt, daß nach Inhalt und Art der abgegebenen Erklärungen dieselben sehr wohl als stillschweigend rechtsverbindlich gewollt gewesen sein können. Es habe sich dann um vertragliche Verpflichtungen gehandelt, die von dem Verbands durch seinen Vorstand und demnachst durch eine Mitgliederversammlung genehmigt worden seien. Nach erneuter Beweisaufnahme war aber das Oberlandesgericht Hamburg nochmals dazu

gelangt, die Klage des Hafenbetriebsvereins abzulehnen und zwar schon deshalb, weil die Beweisaufnahme ergeben habe, daß die angeblichen Vertreter der Arbeitererschaft, mit denen der Betriebsverein verhandelt hatte, keinerlei Mandat von den Arbeitern gehabt hätten, für diese rechtsverbindliche Abmachungen zu treffen. Es liege in der Natur der Sache begründet, daß die Verhandlungsformen bei solchen großen Wirtschaftskämpfen sich an die Formen der Verhandlungen über öffentlich-rechtliche Verhältnisse anlehnten. Deshalb ginge es nicht an, hier denselben Maßstab anzulegen, wie etwa bei Verhandlungen über eine alltägliche Abmachung zwischen zwei Geschäftslenten. Es habe darum nichts Auffallendes, daß zunächst Vorbesprechungen über einen Friedensschluß von einer persönlich einflussreichen, formell aber in keiner Weise legitimierten Persönlichkeit geführt würden. — Weiter sei zu beachten, daß soziale Friedensverhandlungen auf der Arbeiterseite nach Maßgabe streng demokratischer Anschauungen behandelt zu werden pflegten, h. h., daß die Verbindlichkeit von Friedensvereinbarungen stets von der Genehmigung einer Versammlung abhängig gemacht werde. Alles, was der entscheidenden Versammlung vorausgehe, trage auf der Arbeiterseite einen nur vorbereitenden Charakter. Daher werde dann auch erst durch die Mitteilung der Entschließung der Versammlung an den anderen Teil ein Abschluß erreicht. Dem zuständigen Organe der Arbeiterorganisation seien die vorbereitenden Abmachungen jedenfalls überhaupt nicht vorgelegt worden. Dem die Versammlung, die tatsächlich darüber abgestimmt habe, sei eine Versammlung sowohl von organisierten als nichtorganisierten Schauerleuten und deshalb zu einer inkompetenten Entscheidung für den Verband ganz inkompetent gewesen. Der Arbeitgeberverband sei sich also von vornherein im Unklaren gewesen, mit wem er auf diese Weise kontrahiere, jedenfalls habe er nicht mit dem Hafenarbeiterverband kontrahiert und könne ihn deshalb auch nicht aus den angeblich getroffenen Vereinbarungen in Anspruch nehmen. Die erneut von dem Hafenbetriebsverein beim Reichsgericht eingelegte Revision wurde nunmehr vom Reichsgericht als unbegründet zurückgewiesen, da jetzt festgestellt sei, daß mit dem beklagten Verbands selbst Vereinbarungen überhaupt noch nicht getroffen gewesen seien.

Danzig. Die am 19. Mai stattgefundene Sektionsversammlung der Hafenarbeiter war gut besucht und nahm einen sehr anregenden Verlauf. Ein Kollege von der Sektion der feinemännlichen Arbeiter referierte über das Thema: „Welche Lehre ziehen wir aus der Lohnbewegung der Hafenarbeiter?“ Seine trefflichen Ausführungen fanden großen Beifall. Eine rege Diskussion folgte, in der alle Redner versprachen, ihre ganze Kraft für den Ausbau der Organisation einzusetzen. Es wurde einstimmig beschlossen, daß der Lohn-tarif für sämtliche Unternehmer verbindlich sein soll. Nach einigen internen Verbandsangelegenheiten und der Aufforderung, unermüdet für die gewerkschaftliche und politische Organisation tätig zu sein, wurde die Versammlung geschlossen.

Duisburg. Der Schuhmann mit dem abgerissenen Kopf. Bei der Firma Faber

im Hochfelder Hafen war durch den Streik der Kollegen Rheinischer ein Arbeitsmangel eingetreten. Ein Teil der bei Faber beschäftigten Kollegen mußte daher mit der Arbeit aussetzen. Die im Betrieb verbleibenden Kollegen arbeiteten dort wo sie bisher mit 3 Mann gearbeitet hatten, nun mit 9 Mann. Da alles Arbeit ist, wurde fast nichts verdient. Hinzu kommt allerdings, daß die Firma für den Doppelwagen Stücklohn nur 1,50 Mk. zahlt. Die Kollegen glaubten deshalb, wenn sie vorstellig würden, bekämen sie etwas mehr. Das war nun nicht der Fall. Die Firma lehnte es ab, mehr für das Verladen zu zahlen. Eine Betriebsversammlung, die stattfand, beschloß auf Anraten der Organisationsleitung, von einem augenblicklichen Vorgehen bei der Firma abzusehen. Diese Versammlung hatte es dem Herrn Faber und seinem Meister Graf angehtan. Besonders der Herr „Graf“ geriet ganz aus dem Häuschen, daß die Arbeiter ohne zu fragen sich erlaubten, eine Versammlung abzuhalten. Das mußte gerochen werden. Und so wurden denn 18 Kollegen, die Mitglieder unseres Verbandes sind, einfach auf das Straßenpflaster geworfen. Den Kollegen gab man zu verstehen, daß nur die, die im roten Verband wären, die „Anzugs-benen“ wären. Die im christlichen Oswaldverbanden Organisierten dagegen wurden als die mit ihrem Lohse „Zufriedenen“ bezeichnet. Alle roten Verbände würde er schon raus bringen. Das Vorgehen der Firma empörte unsere Kollegen. In einer weiteren Betriebsversammlung wurde erneut Stellung zu dem Vorgehen der Firma genommen. Das Verhalten des Meisters Graf wurde scharf gerügt. Die christlichen Lieblinge hatten am gleichen Tage, wo die Mitglieder unserer Organisation eine Betriebsversammlung abhielten, ebenfalls eine Versammlung abgehalten. Dagegen hatte der Meister Graf nichts einzuwenden. Nur unsere Versammlung verfehte den Herrn in eine nicht zu beschreibende Wut. Die Christlichen werden allerdings von ihm protegert, und vielleicht hat die von ihnen abgehaltene Versammlung den Zweck gehabt, der Firma Faber ihre Helfersdienste zu versichern, wenn die „bösen roten“ die Arbeit einstellen sollten. Aber diese „bösen roten Gesellen“ taten den Brüdern in Christo nicht den Gefallen, in die von ihnen erhoffte Bewegung einzutreten und so konnten sie auch nicht den Spuren der Strategen vom christlichen Zeichenverbände folgen. Außer den christlichen Lieblingen war es noch die Polizei, die sofort in eine fieberhafte Tätigkeit eingetreten war. Als ein Kollege, der jahrelang im Hochfelder Hafen gearbeitet hat, am Abend des Versammlungstages den Hafen betreten wollte, erklärte ihm der dort postierte Schutzmann, daß er den Hafen nicht mehr betreten dürfe. Als der Kollege dem Schutzmann erklärte, er habe etwas zu bestellen, ließ er ihn passieren. Bei der Rückkehr fragte der Kollege den Schutzmann, warum er ihn denn den Hafen verboten habe. Hierauf erwiderte der Schutzmann:

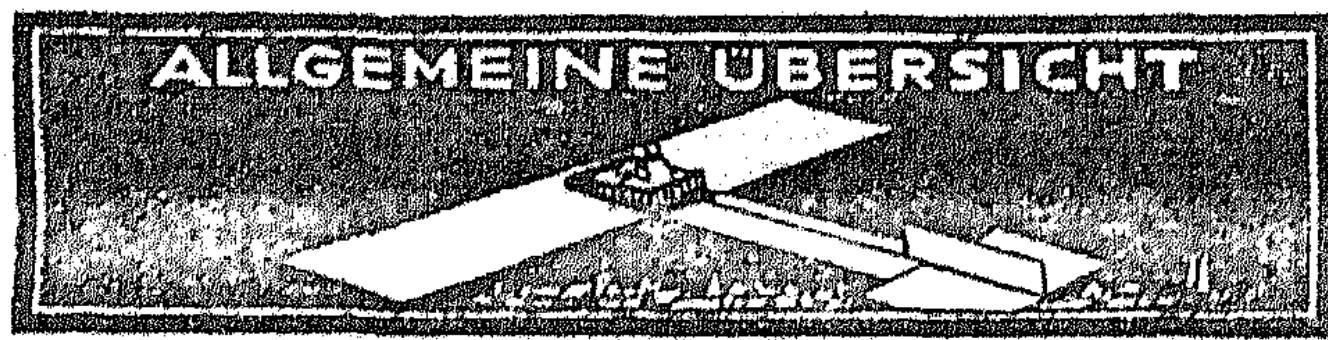
„Der Herr Faber will es nicht haben, daß jemand den Hafen betritt und wenn er wüßte, daß sie doch brinn gewesen wären, so würde er mir den Kopf abreißen.“

Maß Zeugnis von einer günstigen Entwicklung der Mitgliederzahl und der Finanzen unserer Zählstelle ab. Die Einnahmen betragen im 1. Quartal 1912 60 846,86 Mk.; gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres ist das ein Mehrbetrag von 19 713,71 Mk. Die Ausgaben beliefen sich auf 36 679,12 Mk. Der Kassenbestand hob sich innerhalb eines Jahres von 11 599,16 Mk. auf 24 167,74 Mk. Wir können für dieses Quartal einen Mitgliederzuwachs von 317 Personen verzeichnen, so daß unsere Organisation nunmehr 5517 Kollegen umfaßt. Kollege Eisenberger schloß seinen Bericht mit dem Wunsche, daß es der zielbewußten Arbeit unserer Kollegen in nicht allzu ferne Zeit gelingen möge, das erste Zehntausend an Mitgliedern zu erreichen. Der Bericht der Revisoren ergab, daß Kasse und Bücher in bester Ordnung befanden wurden. Dem Kassierer wurde auf Antrag einstimmig Entlastung erteilt. — Hierauf erstattete Kollege Angerer Bericht über die Tätigkeit des Gewerkschaftsvereins. Nachdem die Delegierten für den Gewerkschaftsverein neu gewählt waren, wurde vom Vorsitzenden mit der Aufforderung, in der Agitation für die Organisation und die Arbeiterpresse nicht zu erlahmen, die Versammlung geschlossen.

Sträßburg. Am 11. Mai fand unsere regelmäßige Monatsversammlung, welche einen außerordentlich starken Besuch aufwies, statt. Auf der Tagesordnung stand als alleiniger Punkt: Verbandsangelegenheiten. Zunächst wurde die Wahl eines Ortsverwaltungsrats, die sich infolge Ausscheidens des früheren Kollegen Wih (Wih ist inzwischen Kontrollleur geworden) notwendig machte, vorgenommen. Einstimmig wurde der Kollege Adloff gewählt. Ferner wurde bekannt gemacht, daß an Stelle des Herrn Wih der Kollege Vöhlle als Ausschussmitglied eingewählt sei. Des Weiteren wurde von dem Kollegen Dittler der derzeitige Stand der Lohnbewegung der Wagenpuyer, Streckenarbeiter und eisenhütischen Nebenbahn berichtet. In dem weiteren Verlauf wurde das Verhalten des früheren Kollegen Wih einer scharfen Kritik unterworfen. Wih, der bei jeder sich bietenden Gelegenheit hervorhob, daß er wirtschaftlich und politisch auf der Höhe, d. h. ein politisch reifer Mann sei, habe gezeigt, was Geistesblind er gewesen. Die Äußerungen, die Herr Wih gebraucht habe, „wenn er vom Verband keine Garantien erhalte, von mindestens 150 Mk. pro Monat auf ein Jahr lang, spiele er den braven Mann“, oder „wenn ihm die Direktion mehr biete, wäre es falsch von ihm, das Angebot nicht anzunehmen“, beweisen vielmehr, daß Herr Wih moralisch und politisch nicht auf der Höhe gestanden hat. Wenn Herr Wih nicht mehr Vertrauen zur Organisation, d. h. zu den Kollegen habe, die samt und sonders dem Verbandsangehören, sei es sehr schlimm um seinen Charakter bestellt. Das Motiv des Herrn Wih sei gewesen, eine Anstellung im Verbandsamt, dem er erst seit kurzer Zeit angehört, zu erhalten. Alles, was die Strassenbahner bisher erreicht hätten, sei nicht auf das persönliche Konto des Herrn Wih, sondern auf die Macht und Einigkeit der Kollegen, die sich in der Organisation vereinigt haben, zu setzen. Nach den gemachten Erfahrungen habe Herr Wih überhaupt keine Überzeugung gehabt, er habe nur seinen Vorteil gesucht. Wenn ihm die Christen oder die Gelben mehr geboten hätten, wäre er auch dort hingegangen, um deren „Interessen“ zu vertreten. Ein Redner betont unter starkem Beifall der Versammlung, daß für die Zukunft ohne Einverständnis der Verbandsleitung der jeweilige Obmann des Ausschusses nichts zu unternehmen habe. Ferner wurde von einem Redner bemerkt, daß alle diejenigen, denen es gelüster, durch Äußerungen und dergl., wie es Herr Wih des öfteren getan habe, einen Lokalverein zu gründen, ohne weiteres aus dem Verbandsamt ausgeschlossen werden sollen. Hätten wir einen Lokalverein, so sagte Redner, mit uns wäre es schlecht bestellt. Nur der Verband als eine geschlossene Macht kann der Direktion Achtung einflößen. Der Beifall, der dem Redner für seine trefflichen Ausführungen gesendet wurde, zeigte, daß die Gesamtheit der Kollegen den Lockungen einzelner, die etwas werden wollen, nicht folgen, sie vielmehr den Verband als einen Granitblock, an dem sich noch mancher den Schädel einrennen wird, betrachten. Nach einigen weiteren Mitteilungen des Kollegen Walther wurde die Versammlung, die seit langem sehr ruhig verlaufen war, geschlossen.

Wurzen. Die Transportarbeiter hielten am 18. Mai eine Versammlung mit der Tagesordnung ab: Die Lohnbewegungen in unserem Beruf und welche Lehren ziehen wir daraus. Der Referent, ein Kollege aus Leipzig, gab zunächst einen Rückblick auf die Entwicklung der Organisation und zeigte an der Hand zahlreicher Beispiele, wie mit derselben die wirtschaftliche Lage der Berufskollegen verbessert werden konnte. Witten Ursprünglich die Lohnbewegungen nur auf die Großstädte beschränkt, so wurde bei Streiks die Erfahrung gemacht, daß der Zuzug von Arbeitskräften aus den Mittel- und Kleinstädten ein recht bedeutender war. Die besten Lohn- und Arbeitsbedingungen der Berufskollegen in den Großstädten werden aber in Frage gestellt, wenn nicht gleichzeitig auch eine wirtschaftliche Besserstellung der Berufsangehörigen in den kleineren Orten erfolgt. Von dieser Tatsache ausgehend hat die Leipziger Mitglieder keine Agitationskosten gespart und überall den Organisationsgedanken unter den Kollegen der Orte rings um Leipzig verbreitet. Diese Arbeiten waren von Erfolg gekrönt, so daß in einer Reihe von kleinen Orten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berufsangehörigen bereits verbessert werden konnten. Auch in Wurzen wurde schon einmal der Versuch unternommen. Das Resultat war aber kein unbefriedigendes, und da in der Zwischenzeit die Lebensmittelpreise eine weitere Steigerung erfahren haben, so war es erklärlich, daß die Kollegenschaft

danach strebte, ihre wirtschaftliche Position zu stärken. Auf die gemachte Eingabe gaben die Unternehmer keine Antwort, infolgedessen wurde am 28. April der Streik beschlossen. Nach einwöchentlicher Dauer wurde mit Ausnahme des Betriebs von Nisch und Rannmann eine Einigung erzielt. Die gewährten Lohnzulagen schwanken zwischen 1 und 5 Mk. pro Woche, so daß nunmehr die Wochenlöhne 22 bis 25 Mk. betragen. Wenn der Erfolg kein größerer war, so ist dieses mit darauf zurückzuführen, daß ein großer Zulauf von Streikbrechern zu verzeichnen war. Besonders waren es Frauen, die den um besseres Brot kämpfenden Arbeitern in den Rücken fielen, dazu kam, daß die Staatsbahn Streikbrecher stellte. Ein Bahnbeamter, den man schon auf hundert Meter ansehen konnte: Hunger leidet mein Gemüt, ach Gott, wann geht das Essen an, war dazu verurteilt, neben dem Kollegen mit Frachtbriefen herumlaufen und den Streikbrechern Aufwekung zu geben, wo die Stückgüter abgeladen werden sollten. Unter Berücksichtigung aller dieser Verhältnisse kann die Kollegenschaft mit dem erzielten Erfolg zufrieden sein. Aufgabe der Kollegen muß es nunmehr sein, aus dem geführten Kampf die richtige Lehre zu ziehen. Die gleichgültigen und indifferenten Berufsangehörigen müssen aufgelärt und der Organisation zugeführt werden. Zur Aufklärung gehört aber mit, daß die Arbeiterpresse, das ist die Volkszeitung für das Müritental, in jeder Wohnung unserer Kollegen ihren Einzug hält, denn sie allein war es, welche die Interessen der Kollegenschaft in wirksamer Weise wahrgenommen hat. Erfüllt jeder einzelne nach dieser Richtung hin seine Pflicht, so werden bei den Kämpfen der Zukunft wesentlich günstigere Resultate noch zu verzeichnen sein. Nur die mit Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine kurze Diskussion an, in welcher das Verhalten des Mitglieds Karl Spalisch, der in dem Betrieb von Holke stehen blieb und Streitarbeit verrichtete, scharf verurteilt und daraufhin beschlossen wurde, Spalisch wegen Streikbruch dem Vorstand zum Ausschluss aus der Organisation zu empfehlen. Den Bericht vom Gewerkschaftsarbeiter erstattete Kollege Stopfichen, dabei wurde hervorgehoben, daß das Kartell beschlossen hat, die Lungenheilstätte finanziell zu unterstützen. Aus diesem Grunde wurde Kollege Heuschel beauftragt, den auf unsere Gewerkschaft entfallende Betrag an die Kartellkasse abzuführen. Unter Gewerkschaftliches wurde mitgeteilt, daß die Differenzen in der Niederlage der Hohenstädter Brauerei dadurch erledigt sind, daß den dort beschäftigten Kollegen 1 Mark Lohnzulage gewährt wurde und die Überstunden in Zukunft mit 50 Pfg. entschädigt werden.



Die bekannte Fahrräderfirma **August Stukenbrock in Einbeck** hat nicht eher geruht, bis sie im schweren Konflikt mit der Arbeiterschaft steht. Diese Firma hat, als unser Verband im Auftrage von Arbeitern eine Lohnforderung einreichte, zunächst jede Verhandlung mit der Organisation abgelehnt. Nicht genug hiermit hat sie dann weiter die Arbeiter ins Kontor gerufen und von jedem einzelnen verlangt, **aus der Organisation auszutreten oder den Betrieb zu verlassen.**

Weiter erklärte der Geschäftsführer Richter im Auftrage des Herrn Stukenbrock: „Die Arbeiter und die Organisation können machen, was sie wollen, wir sind gerüstet, wir wollen den Kampf. Wir sind noch Herr im Hause und wollen uns das auch nicht nehmen lassen.“ Damit ist der organisierten Arbeiterschaft der Kampf aufgezwungen. Die Firma hat aber auch bereits vorher **in drei Fällen die Leiter der Organisation gemahnt, regelt.**

Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit und hat einstimmig beschlossen, **über die Firma August Stukenbrock, Fahrradwerke in Einbeck, Marke „Deutschland“-Fahrräder, den Boykott zu verhängen.** Wir weisen darauf hin, daß die Firma außerdem noch an den **Thyra-Fahrradwerken in Prenzlau** beteiligt ist und die **Fahradwerke Hans Hartmann N. G. in Eisenach** Marke „**Superior**“ erworben hat. Diese Firmen stehen demnach auch unter Stukenbrockschem Reglement und sind ebenso wie die Firma selbst zu behandeln.

Wapenburg. Für „**Freiheit, Wahrheit und Recht**“ kämpft das „**Zentrum**“ und die mit ihm eng verbündeten „**christlichen Gewerkschaften**“.

Überall, wo die Schwarzen das Heft in den Händen haben, dort ist weder von Freiheit, noch von Wahrheit oder gar von Recht etwas zu spüren. Nur die Macht ist ausschlaggebend und wird selbstverständlich angewandt. So auch bei uns. Nachdem man es jahrelang verstanden hatte, jede freie Meinung zu unterdrücken, jeden Versuch einer freien Organisationsgründung zu inhibieren, da mußte selbstverständlich das Wapener unterer Organisation die Geister doppelt wachrufen. Unsere zunächst kleine Schar von Kollegen hatte einen schweren Stand. Nichtsdestoweniger ließ sie sich nicht irre machen, sondern versuchte, Aufklärung über „**Wahrheit, Freiheit und Recht**“ in die Köpfe der Kollegen zu bringen. Der Lohn für diese Mühe ist

nicht ausgeblieben. 100 Mitglieder zählt unsere Ortsverwaltung. Gewiß ein schöner Erfolg. Dieser Erfolg läßt bestimmte Leute nicht schlafen. Wir sollen vernichtet werden, da sind dann alle Mittel recht, ob sie der Wahrheit entsprechen, ist Nebensache.

So hat man uns jetzt unser **Veranstaltungslokal** abgetrieben, und zwar mit den erbärmlichsten Mitteln. Gelegentlich unserer letzten Mitgliederversammlung waren auf dem Bahnhofs an verschiedenen Eisenbahnwagen Zettel geklebt, welche anzeigen, daß in unserem Verbandslokale eine „**sozialdemokratische Versammlung**“ stattfindet. Die Folge war natürlich, daß der Wirt, wie er uns erklärte, von der Eisenbahnverwaltung einen Wink mit dem Zaunpfahl erhielt und uns das Lokal entzog. Der Zweck der Zettel und seiner Verbreiter ist erreicht, das Lokal ist uns entzogen. Große Freude dürfte den Herrschaften aber nicht beschert sein, da wir bereits wieder über zwei Lokale verfügen. Immerhin verdient der Gaunerstreich angelagert zu werden.

Uns trennt eine Weltanschauung, pflegen die christlichen Agitatoren mit Nachdruck bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit zu betonen. Daß sie Recht haben, kann man nicht bestreiten, wenigstens nicht nach den Erfahrungen, welche wir hier machen. Lieben die Vertrauensleute bei der Wahrheit, dann können sie schlecht Mitglieder für die christliche Gewerkschaft gewinnen. Deshalb greift man zu anderen Mitteln, um die Leute zu überzeugen. Dieses Mittel ist der Schnaps. So haben die Vertrauensleute der Christen einem zu uns übergetretenen Kollegen das Mitgliedsbuch aus der Tasche geholt, damit er wieder zu den Christen überzutreten sollte. Zunächst weigerte sich der Kollege, wieder zu den Christen zurückzulehren. Um nun das Ziel zu erreichen, kaufte man einen **halben Liter Schnaps**, traktierte den Kollegen damit, und dann, nachdem der Schnaps seine Wirkung getan, trat der Betreffende aus „**Freiheit**“ über.

Genau so wurde es auch mit einem Zugereiften gemacht. So sieht die Weltanschauung der Christen aus, das ist die christliche Ueberzeugungstreue.

Während die freien Gewerkschaften den Kampf gegen den Alkohol mit aller Schärfe führen, benimmt die „**Christen**“ den Schnaps, um ihre Weltanschauung zu verteidigen. Kein denkender Arbeiter kann die „**Christen**“ noch ernst nehmen. Wissen wir doch, daß bei dem Streik der Bergarbeiter die Christen alles Menschenmögliche geleistet haben, um die gerechte Sache der Bergarbeiter, die Besserung ihrer Lebenslage, zu Schanden zu machen. Höher hinauf geht's nimmer. Die Christen sind keine Organisationen zum Schutze der Arbeiter, sondern sie entwickeln sich immer mehr hinüber zu den Gelben. Kollegen! Setzt auf den Streik, indem man uns unser Lokal abgetrieben hat, anderthalbe. Werbt und agitiert, arbeitet und helfst der Ortsverwaltung mit, neue Mitglieder für uns zu gewinnen. Käuf die Kollegen auf, nicht mit Schnaps, sondern durch Worte und Taten. Die jeder seine Pflicht. Am Jahreschluss muß unsere Mitgliederzahl die doppelte sein. Uns selbst zum Schutz, den Christen zum Trub. Wo ein Wille ist, da ist ein Weg, auf zu gemeinsamer Arbeit, dem Ziel entgegen!

Berichtigung.

In der Bekanntgabe der Delegierten zum **Verbandstag** ist aus Kiel nur ein Kollege aufgeführt. Es sind aber deren vier und zwar außer Kollegen **Arnold** die Kollegen **Wih, Kötschen, Wih, Valentin** und **Joh. Kröger** gewählt.

D. B.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Die Ortskassierer machen wir darauf aufmerksam, daß **Erwerbslosenunterstützung** an bezugsberechtigten reisenden Mitgliedern nur in den in unserem Adressenverzeichnis mit * versehenen Orten ausgezahlt werden darf.

Abhanden gekommen sind die Verbandsbücher nachstehend genannter Mitglieder:

- In **Bernburg**: **Marie Braunsdorf**, Spt.-Nr. 224 756, eingetr. 25. 7. 10.
- In **Leipzig**: **Gust. Mausehold**, Spt.-Nr. 98 154, eingetr. 17. 3. 12.
- In **Riesa**: **Moritz Meißner**, Spt.-Nr. 362 148, eingetr. 28. 5. 08.
- In **Nuß**: **Michael Domasch**, Spt.-Nr. 414 256, eingetr. 21. 10. 11; **Michael Klaus**, Spt.-Nr. 410 087, eingetr. 21. 10. 11.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

S. N.: **Dswald Schumann**, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen **Carl Kasper**, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzufenden.

Verantwortl. Redakteur: **Karl Willhahn**, Lichtenberg. Verlagsgesellschaft „**Courier**“, G. m. b. H. Druck: **Maurer & Dimmig**, Berlin, Köpenickerstr. 36/38.

Freitag, den 16. Juni 1912:

2 große Volks-Sommer-Feste.

- 1. Mentos Volksgarten, Inh. W. Schröder, Bichtenberg, Roederstr. 28-29, 2. Eingang Landsberger Chaussee.**
Garten-Konzert, Spezialitäten ersten Ranges auf 2 Bühnen. — Im neuen Saal: **Großer Ball.**
8 Kaffeelücken, Fackelpolonaise, Volksbelustigungen. Größter Sommergarten, 25 000 Personen fassend. Bei ungünstiger Witterung Kissen-Schutzgelte.
- 2. Insel-Restaurant, Blüthensee, Seefröße, Am Verbindungskanal unweit Bahnhof Deusselstraße.**
Garten-Konzert, Spezialitäten, großartige Schaummern. Im Saal und Champetre: **Großer Ball.**
Kaffeelücken in beiden Lokalen 80 Pf. Jedes Kind erhält am Eingang zum Garten Stocklaterne und Kopfbedeckung gratis.
Entree in beiden Lokalen 20 Pf. Kaffeneröffnung 1 Uhr. **Billets an der Kasse 25 Pf. Programm gratis.**

—— Günstige Fahrverbindungen nach beiden Lokalen. ——

Billets sind bei den Eintaskirern, Vertrauensleuten, Zahlstellen und in den verschiedenen Verbandsbüros zu haben.
Da die schönsten Lokale wiederum gewählt sind und für abwechslungsreiche und reichhaltige Unterhaltung bestens gesorgt ist, wird erwartet, daß die Mitglieder mit ihren Verwandten und Bekannten sich wirklich zahlreich einfinden. **Sorgt für Massenbesuch!** Das Komitee.

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Zur Aufklärung über die Erhebung eines Ortszuschlages für die Mitglieder der Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Die Erhebung eines Ortszuschlages von 10 resp. 5 Pfg. pro Woche für die Mitglieder des Bezirks „Groß Berlin“ ist in der am Donnerstag, den 28. März, abgehaltenen örtlichen Generalversammlung mit großer Majorität beschlossen worden und zwar mit der Maßgabe, daß die Bezahlung des Zuschlages allgemein ab 1. Juli d. Js. zu erfolgen hat.
In Rücksicht darauf, daß die einzelnen Branchen der Sektionen II, IV und V (weibliche und jugendliche Mitglieder einbezogen) im Laufe des Jahres 1911 die Zahlung eines Ortszuschlages von 10 resp. 5 Pfg. pro Woche laut Branchenbeschluß nach und nach durchgeführt haben, kommen für diesen Generalversammlungsbeschluß zur Zeit nur noch die Kollegen in der Sektion I (Handelsarbeiter) und die Kollegen in der Sektion III (Straßenbahner) in Betracht. Bei diesen Gruppen hat sich leider eine Unzufriedenheit über die Erhebung des Ortszuschlages bemerkbar gemacht, die unseres Erachtens nur darauf zurückzuführen sein kann, daß die Betreffenden über die örtlichen Kassenverhältnisse und die an letztere gestellten Ansprüche seitens unserer Mitgliedschaft nicht genügend unterrichtet sind. Wir wollen deshalb mit Nachstehendem unseren Mitgliedern noch einmal die Gründe für die Notwendigkeit der Erhebung des Ortszuschlages vor Augen führen und setzen voraus, daß diejenigen, welche bisher immer noch der Meinung waren, sie können oder brauchen aus diesen oder jenen Verhältnissen heraus den Zuschlag nicht bezahlen, zu einer der Sache dienlichen Ansicht kommen werden.
Die Kassenverhältnisse liegen in den letzten Jahren 1910 und 1911 zu wünschen übrig, weil durch die Einführung des 50 Pfg.-Beitrages ab 1. Juli 1910 der bis dahin gezahlte Ortszuschlag von 10 Pfg. pro Woche und Mitglied in Fortfall gekommen ist. Bis zum 1. Juli 1910 betrug der reguläre Verbandsbeitrag 40 Pfg. pro Woche. Zur Verringerung der örtlichen Ausgaben standen der Bezirksverwaltung bis dahin 25 pCt. des Beitrages von 40 Pfg. = 10 Pfg. und außerdem 10 Pfg. an Ortszuschlag, also zusammen 20 Pfg. pro Woche und Mitglied zur Verfügung. Ab 1. Juli 1910 betrug der reguläre Verbandsbeitrag 50 Pfg. pro Woche, wovon der Verwaltung 25 pCt. d. h. 12½ Pfg. pro Woche und Mitglied zur Deckung der örtlichen Ausgaben verblieben. Aus dieser Aufmachung ist ersichtlich, daß der Verwaltung nach dem 1. Juli 1910 pro Woche und Mitglied 7½ Pfg. an Einnahmen weniger erzielte als vorher. Dessenungeachtet machte die Verwaltung den Versuch, ohne die Mitglieder durch Erhebung eines Ortszuschlages besonders zu belasten, mit den ihr zur Verfügung stehenden 12½ Pfg. auszukommen. Leider ist ihr dieser jedenfalls für gemeinsame Verlust nicht gelungen. Es stellte sich bereits im 3. als auch im 4. Quartal 1910 heraus, daß die zur Verfügung stehenden Mittel trotz ökonomischer Wirtschaft und Einschränkung zur Deckung der örtlichen Ausgaben nicht ausreichten und infolgedessen von der Verbandshauptkasse für jedes Quartal 5—6000 Mk. Zuschuß an die Bezirksverwaltung Groß-Berlin gefordert werden mußte. Aus alledem dürften unsere Mitglieder die Ueberzeugung gewinnen, daß die Kassenmissere nicht auf eine schlechte oder gewissenlose Verwaltung, sondern lediglich darauf zurückzuführen war, daß der Verwaltung sekundär weniger Mittel zur Verfügung gestellt worden sind.
Die Erhebung eines Ortszuschlages konnte so ohne weiteres nicht allgemein durchgeführt werden, weil die Mitglieder des früheren Vereins Berliner Hausdiener, für welche innerhalb kurzer Zeit (1908—1910) die Beiträge von 25 auf 50 Pfg. pro Woche erhöht wurden, mit zu großen Schwierigkeiten zu rechnen hatten, die in den zum Teil niedrigeren Löhnen dieser Gruppe und im übrigen hauptsächlich auf die in bezug auf die hohen Beiträge bestehenden Tendenzen der für die Gruppe noch vorhandenen Konkurrenzvereine zurückzuführen sind.
Wir sehen uns deshalb gezwungen, bei der Erhebung eines Ortszuschlages die vorbezeichnete Mitgliedergruppe auszuscheiden.
Die Ortszuschlagsfrage ist deshalb auf Beschluß der erweiterten Bezirksverwaltung in den einzelnen Sektionen, Branchen und Distrikten behandelt worden und haben daraufhin die einzelnen nachstehend bezeichneten Branchen sich bereit erklärt, in Rücksicht auf die gegebene Situation einen Ortszuschlag von 10 resp. 5 Pfg. zu zahlen.

Verbands- und Ortskrankenkassen-Angestellte	nom 1. 9. 10 = 175 Mitglieder
Fensterputzer	1. 8. 11 = 1068
Kollkutscher, Bodenarbeiter usw.	1. 8. 11 = 1886
Speicherarbeiter	1. 8. 11 = 151
Kohlenarbeiter	1. 4. 11 = 1058
Handwägenfahrer	1. 4. 11 = 145
Kraftwagenfahrer	1. 4. 11 = 8169
Bildungsaussträgerinnen (80 Pfg. Beitrag)	1. 4. 11 = 902
Hausdiener von den Betrieben Greifenhagen u. Joseph	1. 1. 11 = 82
Bezirk Köpenick und Ober-Schöne-weide	1. 2. 11 = 840
Bezirk Tegeler-Borsigwalde	1. 4. 11 = 87
Branchenleitung u. Vertrauensleute der Papierbranche	1. 1. 11 = 40
Betrieb Brauerei Pagenhofer	1. 2. 11 = 17
Sektionsleitung der Straßenbahner	1. 1. 11 = 14
Betrieb Müllabfuhr Scheller	1. 5. 11 = 26
Mineralwasserbetrieb Krüger & Co.	1. 4. 11 = 15
Alle in Brauereien Beschäftigten	1. 8. 11 = 2264
Sämtliche aus der Eisenindustrie A. G. O. usw.	1. 7. 11 = 5056
Leitungsbeamte	1. 7. 11 = 217
Mehlkutscher	1. 7. 11 = 78
Breitenträger usw.	1. 6. 11 = 511
Müllkutscher und Schaffner	1. 8. 11 = 501
Hausdiener aus der Holzindustrie	1. 8. 11 = 709
Distrikt Steglitz, Lichterfelde, Lantowig usw.	6. 8. 11 = 219
Sämtliche jugendlichen Mitglieder	15. 9. 11 = 1776
Gruppe der Bau- und Arbeitskutscher	1. 10. 11 = 789
Geschäftskutscher und Lagerarbeiter	15. 12. 11 = 4400

glieber das Opfer brachten und durch Zahlung des Ortszuschlages die Klassenverhältnisse förderten.
Aus alledem geht hervor, daß die eigenartigen Verhältnisse, mit denen die Handelsarbeiter als auch die Straßenbahner zu rechnen haben, durchaus berücksichtigt worden sind. Ein Uebergangsstadium ist auf diese Weise für die Sektion I und III geschaffen worden, welches im Interesse der bereits zahlenden Sektionen nicht gut länger ausgedehnt werden kann.
Gleichzeitig wollen wir darauf hinweisen, daß die 60 Pfg.-Zähler insofern einen Vorteil haben, als bei vorkommenden Streiks oder Maßregelungen den betreffenden Mitgliedern zu den üblichen Unterstützungsbeträgen ein Zuschuß von 1—3 Mark pro Woche gezahlt wird.
Im Jahre 1911 betrugen die Gesamtausgaben der Bezirksverwaltung für örtliche Zwecke 287 443,41 Mk. Darunter für örtliche Beerdigungs-, Streik- und Gemahregelungenunterstützung zusammen 19 696,10 Mk., Weihnachtsgratifikation für Arbeitslose 8492,85 Mk., für Arbeitsnachweis und Bibliothek 34 801,97 Mk., für Bureauimmiete und Reinigung 20 8613,28 Mk., für Kartellbeitrag 10 080 Mk., für Agitation u. Versammlungen 16 177,09 Mk., für Gehälter 146 676 Mk., für Rechtschutz 13 084,24 Mk. usw. Durch die Hauptkasse wurden bezahlt an Arbeitslosenunterstützung 137 130,95 Mk., an Krankenunterstützung 191 285,80 Mk., an Streik- und Gemahregelungenunterstützung 189 209,67 Mk. usw.
Aus dieser kurzen Aufstellung ist ersichtlich, daß die Ausgaben jedenfalls im Interesse unserer Mitglieder nutzbringend gemacht worden sind. Wenn nun von einzelnen Gruppen behauptet wird, daß sie weniger Ansprüche auf Unterstützung erheben wie andere Gruppen, und sie deshalb glauben, einen Ortszuschlag nicht bezahlen zu brauchen, so ist das eine durchaus irrtümliche Auffassung. Ein jedes Mitglied muß sich stets von dem Grundsatz leiten lassen, daß das, was ich heute in der Lage bin, für andere zu tun, jene morgen vielleicht schon für mich tun müssen. Das ist der Solidaritätsgedanke, von dem wir uns in jeder Hinsicht als organisierte Arbeiter leiten lassen müssen.
Wir wollen nicht unterlassen, auch auf die Vorteile hinzuweisen, die wir im Jahre 1911 auf dem Gebiete der Lohnbewegungen für eine große Anzahl unserer Mitglieder erzielt haben. Durch Lohnbewegungen ohne Streiks erzielten 14 321 Mitglieder an Lohnerhöhung die Summe von 30 714,27 Mk. und durch Lohnbewegung mit Streik 2934 Mitglieder die Summe von 47 022,68 Mk. pro Woche. Demnach erzielten also zusammen 17 255 Mitglieder pro Jahr an Lohnerhöhung die Summe von 1 844 810,76 Mk. Dazu kommt noch eine Verkürzung der Arbeitszeit von 9352½ Std. pro Woche resp. 486 830 Std. pro Jahr für 2398 Kollegen.
Wenn wir uns die vorgeführten Zahlen auf dem Gebiete der Unterstützungs-wesens, als auch die, welche die Erwerbslosen auf dem Gebiete der Lohnbewegungen darstellen, näher betrachten, dann wird doch ein jeder rechtlich Urteilende zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß der Beitrag von 50 resp. 60 Pfg. nirgends besser angelegt werden kann, als in unserer Organisation. Einmal fließt eine ganz beträchtliche Summe von den eingezahlten Beiträgen in Gestalt von Unterstützungen an die Mitglieder zurück. Diese Summe beträgt für 1911 allein 67,2 pCt. der gesamten Einnahmen der Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Das andere Mal wird die wirtschaftliche Lage unserer Berufsangehörigen sichtlich gehoben, sobald die erzielten Summen, welche an Mehrlohn erzielt werden konnten, sich höher stellen, als die gesamte Beitragsleistung pro 1911. Solche Erwerbsverhältnisse wären ohne die Organisation nicht denkbar. Einen treffenden Beweis für diese unsere Behauptung bietet uns die Lohnbewegung der Kollegen Straßenbahner im vergangenen Jahre. So lange der Kreis derjenigen Kollegen, die unserem Verbands angehören, in den Reihen der Straßenbahner nur klein war, hatten sie mit ihren Forderungen und Wünschen bei der Direktion recht wenig oder gar keinen Erfolg. Wir erinnern hierbei nur an die kurze und schroffe Abweisung der Angestelltenkommission im Frühjahr 1911. Als sich dann aber die Kollegen in Scharen unserem Verbands angeschlossen und diese unter dem Schutze unseres Verbandes ihre Stimme über das ihnen zugefügte Unrecht öffentlich erhoben, da wurde die Direktion anderen Sinnes. Die Angestelltenkommission wurde erneut vorstellig und zwar diesmal mit Erfolg. Die Direktion machte Zugeständnisse in Bezug auf Lohnerhöhungen, die, wenn auch für den einzelnen minimal, für die gesamten Angestellten der „Großen Berliner“ innerhalb eines Jahres eine Million Mark betragen. Diese Zugeständnisse wären ohne das Eingreifen unseres Verbandes auf keinen Fall gemacht worden.
Um aber unsere Organisation auch in Zukunft leistungsfähig und kampffähig zu erhalten, ist es notwendig, daß wir unsern Unterstützungs- und Kampffonds nach jeder Richtung stärken. Nicht nur die Zahl der Mitglieder allein erfüllt unsere Gegner mit Achtung und Respekt, sondern beide Teile, „Mitgliederzahl und Kassenbestand“, müssen so gestaltet werden, daß es für jeden klar und ersichtlich ist, daß wir nicht nur mit Kämpfen drohen, sondern, wenn es die Notwendigkeit erfordert, solche auch mit Nachdruck durchführen können.
Wir glauben somit, allen unseren Mitgliedern klar und verständlich dargelegt zu haben, daß die Erhebung eines Ortszuschlages von 10 Pfg. pro Woche zur Stärkung unserer Kasse und unseres Ansehens als eine unbedingte Notwendigkeit angesehen wird. Wir glauben nicht, daß es jetzt noch Kollegen, die es mit der Organisation ernst nehmen, gibt, wegen 10 Pfg., die nach Lage der Verhältnisse erhoben werden müssen, so kurzfristig sein werden, ihren Austritt zu erklären und somit aller erworbenen Rechte und Vorteile verlustig gehen.
Es wäre jedenfalls recht unverständlich, wenn sich herausstellen sollte, daß wir Mitglieder unter uns haben, die nur dann, wenn es ihre traurigen Verhältnisse erfordern, den Verband finden, und diesem den Rücken kehren, sobald ihre Wünsche erfüllt sind und wenn es sich um solidarischen Zusammenhalt und Erfüllung der Pflichten gegenüber der nur Vorteil bringenden Organisation handelt.
Die heutige Situation erfordert mehr wie je einen festen Zusammenhalt aller mit der Devise:
„Vorwärts immer — Rückwärts niemals!“
Die Bezirks-Verwaltung Groß-Berlin.
J. A. A. Werner.

